

Danziger Zeitung.

Nr. 10210.

Die *Danziger Zeitung* erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettwigerstraße No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Jüterer Kosten für die Briefzeile oder deren Raum 20 P. — Die *Danziger Zeitung* vermittelt Interessanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.



10

Telegramme der Danziger Zeitung.
Berlin, 22. Febr. Bei der gestrigen Reichstagswahl im dritten Berliner Wahlbezirk sind 16 741 Stimmen abgegeben. v. Sauten-Tarpitschen (Fortschritt) hat davon 8643, Schuhmacher-Raskow (Socialdemokrat) 5764, Fabrikbesitzer Dr. Otto Burg (Nationalliberal) 1567, Tischler-Brandes (Handwerkerpartei) 722 Stimmen erhalten; zerstreut sind 7 und ungültig 38 Stimmen. v. Sauten ist also gewählt.

Wien, 22. Februar. Das hiesige offiziöse Telegraphen-Correspondenzbureau meldet aus Konstantinopel: Rücksichtlich der schwierenden Verhandlungen mit Montenegro dürfte der Waffenstillstand auf vierzehn Tage verlängert werden. Das Zustandekommen eines Übereinkommens mit Serbien gilt als sicher.

London, 22. Febr. Lord Salisbury hielt auf dem gestrigen Bankette der vereinigten britischen Handelskammern eine Rede, in welcher er die politische Lage erörterte. Er bemerkte dabei: Die Conferenz vermochte zwar nicht der Türkei Vernunft einzuflößen, sie war aber ein gutes Mittel, Misverständnisse zu beseitigen und die Freundschaft zeitweilig durch Argwohn entzweit gewesene Großmächte hoffentlich dauernd wiederherzustellen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 21. Febr. Nach einem Telegramme der "Pol. Corresp." aus Cattaro haben sich die montenegrinischen Delegirten für die Friedensverhandlungen, die Senatorn Petrovich und Radonich heute auf einem Lloydampfer nach Konstantinopel eingeschifft. — Aus Belgrad wird demselben Organe gemeldet, daß bei den Wahlen zur Stupschina die Friedenspartei die Oberhand behalten habe.

Havre, 21. Febr. Von mehreren Punkten der Küste werden Schiffsunfälle signalisiert.

Brüssel, 21. Febr. Der "Nord" veröffentlicht den Text der Note der rumänischen Regierung an die Pforte vom 10. Januar, in welcher Rumäniens an die Türkei das Ersuchen stellte, durch eine schriftliche Declaration sicher zu stellen, daß Rumäniens unter den in der türkischen Verfassung erwähnten Provinzen nicht mit einbegriffen sei. Das genannte Blatt bemerkt, daß die Pforte bis jetzt diese Note der rumänischen Regierung nicht beantwortet habe.

London, 21. Febr. Das Verbot des Verkaufs von Hornviech ist nunmehr auch auf Yorkshire ausgedehnt.

Abgeordnetenhaus.

Abend-Sitzung vom 20. Februar.

Die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 22. Juli 1876, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeingefährlichen Zustände, wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Erste Beratung des Nachtrages zum Staatshausbilanz für 1877-1878, in welchem bei der allgemeinen Finanzverwaltung 300 000 M. in Einnahmen und für Stromverbesserungen der Weichsel bei Abmündung der Nogat 300 000 M. im Extra-Ordinarien in Aussicht gestellt sind. — Die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden.

Ohne Debatte wird der Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen wegen der künftigen Unterhaltung der Schiffsabschleppen auf der Unterweser und wegen Ausführung und Unterhaltung d. r. zur Erhaltung der Insel Wongerooge erforderlichen Strandbauwerke in zweiter Lesung angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung des Staats-, und zwar des Cultussets fortgesetzt.

Zu Kap. 128 Tit. 2 bemängelt Abg. Wachler (Schweidnitz) das geringe Gehalt der Kreisphysikaler

welches ihrer umfassenden und bedeutenden Berufstätigkeit nicht entspreche, es empfehle sich vielleicht, die Kreis-

wundarztstellen eingehen zu lassen und die dadurch disponibel gewordenen Gelder den Kreisphysikalen zuweisen, ihnen ferner Wohnungsauszahlungen und Pensionsberechtigung zuzuwenden. Ohne solche Verbesserungen sei es nicht möglich, eine gute Gesundheitspflege durchzuführen. — Geb. Reg.-Rath Bosse erklärt,

dass die Regierung schon Vorarbeiten für Reformen auf diesem Gebiete gemacht habe und in nächster Zeit einen darauf bezüglichen Gesetz-Entwurf vorzulegen gedenke. —

Abg. Dr. Thilenius: Der Reform des Medizinalwesens mögen sich ja manche Schwierigkeiten entgegenstellen, aber es sind doch kleinere Staaten, wie Baden, Sachsen, Bayern und Hessen mit beschämendem Beispiel dem großen Staate Preußen vorangegangen. Die ärztlichen Vereine des Rhein- und Maingaues und Nassaus haben sich selbstständig organisiert und werden an die Staatsregierung den Antrag stellen, die Bezirksregierung in Wiesbaden zu ermächtigen, mit ihnen in Bezug der öffentlichen Gesundheitspflege wenigstens in consultative Verbindung zu treten; die Regierung möge diese dargebotene Hand nicht zurückweisen. — Geb. Reg.-Rath Bosse bemerkt, daß die Reform des Medizinalwesens nicht deshalb verzögert werde, weil man sie unterschätze, sondern gerade wegen der Würdigung der großen

Wichtigkeit dieser Angelegenheit, die in Uebereinstimmung mit der Selbstverwaltung geordnet werden muß. —

Abg. v. Meyer (Arnswalde) will von einer neuen Reform des Medizinalwesens nichts wissen. Unter den Kreisphysikalen gebe es eine große Menge blauer Theoretiker, die ohne Rücksicht auf praktische Resultate wieder

eine ganze Anzahl neuer polizeilicher Einrichtungen in's Leben rufen würden. Schon jetzt sei die Plenare der Neuerungen so groß, daß man nur verschwach werden müsse. —

Abg. Lauenstein lehnt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Notwendigkeit einer durch Polizeiordnung eingeführten obligatorischen Fleischbeschau an, auf die Beschwerde der durch diese Einrichtung befähigten Fleischer habe jedoch der Minister die Verordnung wieder aufgehoben, indem man die amtlichen Fleischbeschauer als Gewerbetreibende betrachtete und deshalb die Beschränkung des Fleischergewerbes durch dieselben für unglaublich erklärte. Er bitte den Minister, die Angelegenheit noch einmal in reelle Erwägung zu ziehen. —

Abg. v. Schorlemer-Alst warnt davor, in der Trichinenprobe allzuweit zu gehen. Die Bläßfung sei sehr grob und die Garantie, die die Maßregel gegen trichinives Fleisch gewähre, verhältnismäßig gering. Es sei sehr schwer, eine ausreichende Zahl wirklich befähigter Fleischbeschauer zu finden; denn mehr als drei bis vier Schweine täglich zu untersuchen, sei für einen einzelnen Mann kaum möglich. —

Abg. Langerhans bestreitet die lezte Behauptung des Vorredner. Da es sich mit darum handelt, einzelne Muskeln zu untersuchen, so könne man in einer Stunde eine ganze Reihe von Tieren einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen. Es werde die Durchführung der notwendigen obligatorischen Fleischbeschau um so leichter durchzuführen sein, wenn die Regierung sich dem Rathe des Abg.

Thilenius folgend mit den Ärzten in Verbindung setzen wolle. — Abg. Dr. Thilenius giebt dem Abg. Meyer den Rath, seine Verschwiegenheit dadurch zu kündigen, daß er sich als Landrat recht ernstlich mit der öffentlichen Gesundheitspflege seines Kreises beschäftige. —

Abg. v. Meyer dankt dem Vorredner für den Rath, hält es aber doch für bedeutsam, die Kreisphysikale mit hohem Gehalt zu besolden, blos damit sie die Aborten untersuchen. Die Untersuchung der Schweine auf Trichinen sei eine reine Chisane und löse sich namentlich auf dem Lande gar nicht durchführen. Mindestens müsse man den Bauern ihr als trichinives befindenes Schwein aus öffentlichen Mitteln bezahlen, denn sonst würden sie das Fleisch trotz alles Verbotes genießen, da sie sich vor den Trichinen nicht im Geringsten fürchten. — Abg. v. Schorlemer-Alst bestreitet dem Abg. Langerhans die Möglichkeit, in dem von Letzterem behaupteten Umfang die Fleischbeschau vorzunehmen. In Berlin möge dies möglich sein, nicht aber auf dem Lande und speziell in Westphalen, wo die Besitzer der zu untersuchenden Schweine oft meilenweit auseinanderwohnen. Außerdem müsse man bedenken, daß man es bezüglich der Fleischbeschauer nicht überall mit Männern wie Dr. Langerhans zu thun habe. — Der Titel wird genehmigt. Die übrigen Titel dieses Kapitels werden sämtlich ohne Debatte genehmigt.

Concert. Oper.

Die Harfe ist ein schönes, poetisches Instrument, zumal als Begleiterin des Gesanges und in Verbindung mit milden Klangfarben des Orchesters. Die neueren Opernkomponisten verfehlten denn auch nicht, aus dem reizenden Tonlement den besten Nutzen zu ziehen, namentlich ist es außer Meyerbeer und den Franzosen, Richard Wagner, der gar oft in die Harfe greift, um seinen dichterischen Gestalten ein besonderes, sinnlich bestreitendes Relief zu geben. Bei den meisten Bühnen kommt dieser Orcherreiz allerdings nicht zum Ausdruck und ein nüchternes, nicht einmal immer rein gespieltes Pianoforte ist ein mangelhafter Ersatz für die Poesie der Harfe. Nur die Hoftheater können sich den Luxus eines Harfenisten gestatten, und selbst diese treiben mitunter nur mit Mühe einen hinlänglich geübten Vertreter des Instrumentes auf, für das im Allgemeinen sich wenig Liebhaberei in Deutschland findet. Das liegt hauptsächlich wohl an der Beschränkung und Einseitigkeit der Harfe als Concert-Instrument. Sie gestaltet eine bedeutende Virtuosität in diatonischem Laufwerk und in gebrochenen Accorden, bei großem Tonumfange, aber die Chromatik ist ihr zum Theile verfugt, wie auch ein schneller Wechsel von modulatorischen Combinationen. Und, was die Hauptfuge ist, eine gesangvolle Führung der Melodie, also dasjenige, was erst die Seele berührt, liegt außer dem Bereiche der Harfe. Daraus erklärt sich der musikalisch nicht tiefs berührende Gehalt der Virtuosostücke für dieses Instrument. Es ist Alles nur auf äußere Klangwirkung berechnet in einer musikalisch engen Begrenzung.

Deshalb kann man doch der Virtuosität volle Bewunderung zollen und es wird bei einem kunstfertigen Spieler auch nicht an Momenten fehlen, wo der eigenthümliche Reiz des Tons, namentlich das süße Säuseln und Glispel, welches als Specialität der Harfe von keinem andern Instrumente nachzuahmen ist, tiefer berührt und den Hörer gleichsam in eine träumerische Stimmung versetzt. Besonders anmutig nimmt sich das Harfenspiel von weiblichen Händen dar, geboten aus und kein anderes Instrument ist mit weiblicher Grazie so völlig in Einfühlung zu bringen, am wenigsten das Violoncello, das neulich hier von einer jungen Dame gehandhabt wurde. Das höchste Maß von Kraft und Virtuosität wird sich natürlich auch bei der Harfe nur durch einen männlichen Vertreter erzielen lassen und in dieser Beziehung müssen wir dem königl. Kammermusikus Herrn Pönitz, der sich mit großem Beifall im Apollosaale hören ließ, den ersten Preis zuerkennen. Seine Technik ist meisterhaft und die Rapidität und Rundung seines Spiels, bei vollendetem Klarheit und Reinheit des Passagenwerkes und der glänzenden Harpeggio's, dürfte kaum noch einer geistegeigneten Kunstfertigkeit fähig sein. Auch die Abschlüsse in den verschiedenen Nuancen des Vortrages, vom Fortissimo bis zum verschwimmenden Pianissimo beherrsche der Künstler mit bewundernswertem Virtuosität. Herr Pönitz gehörte zu den acht Harfenisten, die Meister Wagner nach Bayreuth citirt hatte, und daß er dort seine Aufgabe rühmlich gelöst haben wird, daran ist nicht zu zweifeln. Referent wohnte der ersten Abtheilung des Concertes bei und hörte von Herrn Pönitz den Feenreigen

27. Sitzung vom 21. Februar.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Nachtrages zum Staatshausbilanz für das Jahr vom 1. April 1877/78 zum Zwecke der Stromverbesserungen der Weichsel und Nogat 300 000 M.

Abg. Rickert: Diese Summe ist nach Gutdünken beratungsgegriffen, doch muss anerkannt werden, daß die Regierung bei der Lage der Vorarbeiten nicht im Stande ist, heute schon genau anzugeben, wie viel sie zu dem genannten Zweck gebrauchen wird. Ich bitte aber die Regierung dringend um nehm an, wenn nicht widersprochen wird, daß demgemäß verfahren werde, — für den Fall, daß im Laufe des Etatsjahres die Unzulänglichkeit der vier geforderten Summe sich herausstellen sollte, den großen Dispositionsfonds des Staats des Finanzministeriums hierzu in Angriff zu nehmen, ebenso wie ich vorausseze, daß aus diesem Fonds diejenigen Gelder werden angewiesen werden welche etwa nötig sind, um die Calamitäten, die einzelne Bewohner der Rogationen betroffen haben, zu beseitigen.

Der Nachtrag wird hierauf angenommen. — Desgleichen genehmigt das Haus ohne Discussion in dritter Beratung den Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen wegen der künftigen Unterhaltung der Schiffsabschleppen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Staats des Cultusministeriums. Zu Kap. 120 der Ausgaben (für katholische Geistliche 1 282 000 M.) bringt

Abg. Danzenberg den Fall in Gelbern zur Sprache, woselbst ein katholischer Priester, weil er dem Bürgermeister des Dries wegen dessen Mitwirken an dem Zustandekommen und der Ausführung der Maigesetze in den Beichte die Absolution verweigert habe, von dem kirchlichen Gerichtsbof zu einer Geldstrafe verurtheilt sei, eine Entscheidung, die schließlich auf eingelegte Appellation von dem preußischen Obertribunal bestätigt worden ist. Dieser unerhörte Urteil müsse die Folge haben, daß nunmehr auch alle diejenigen katholischen Priester, die noch bisher Gelder von der Staatsregierung bezogen haben, ernstlich prüfen, ob sie es mit ihrer Ehre verträglich finden, dies noch weiter zu thun. Aber auch der altkatholische Bischof Reinhard dürfte dadurch wohl etwas aus seiner Ruhe gestört werden, denn derselbe habe öffentlich und feierlich erklär't, er werde, wenn je eine Collision seiner priesterlichen Pflicht mit den Staatsgesetzen eintrete, folger, ebenso wie der Vorredner kann nicht begreifen, wie Gerichte überhaupt auf Grund solcher Vorfälle aburtheilen können. Aber die Gerichte sind nicht an bestimmte Beweistheorien gebunden, sondern urtheilen nach dem freien Willen Inhalt der Gefammturzergung, die sie über den Fall gewonnen haben. Ferner protestire ich dagegen, daß Dr. Windhorst die Redefreiheit in diesem Falle dazu benutzt, um einen preußischen Bürger — ich weiß nicht, ob jener Bürgermeister gemeint ist — als einen "ruchlosen Gelegen" zu bezeichnen, welcher die Freiheit gehabt habe". u. s. w. Der Mann hat möglicherweise völlig im Bewußtsein seiner bürgerlichen Pflicht gehandelt. (Beifall links.) Auch haben wir bei Beratung des Gesetzes vom 13. Mai 1873 sehr wohl an die Gefammturz der kirchlichen Straf- oder Bußmittel gedacht, welche an dem religiösen Gebiet gebunden und die Kenntnis, daß die Beichte allerdings zu den Hauptmitteln gehört, werden Sie uns wohl zutrauen. Das Gesetz vom 13. Mai 1873 erklärt zunächst, daß die Kirche nur solche Straf- oder Bußmittel verbürgen kann, welche diesem rein religiösen Gebiet angehören. An sich also und prinzipiell hat der Staat mit der Beichte und dem Gebräuch, der von ihr gemacht wird, nichts zu thun. Gleichwohl hat, wie von jeher alle Staaten, sei es durch Gesetz oder bloße Macht, so der preußische Staat in diesem Gesetz dafür sorgen müssen, daß eventuell starke, seine Gelehrte erschütternde Mißbräuche, die mit der Beichte eingreifen, auf eine gewisse Menge der katholischen Kirche einzutreten haben. Sie sind wohl an die Gefammturz der kirchlichen Straf- oder Bußmittel verbunden können. Am Centrum: Pfui!)

Abg. Petry: Die Auflösung des Bischof Reinhard bei Übernahme seines Amtes ist schon früher von mir richtig gestellt worden. Ich verweise einfach auf diese Güterung, weil mir unsere Zeit zu kostbar ist, um 100 M. Gesagtes für die Herren aus dem Centrum nochmals zu wiederholen.

Geb. Rath Lücanus: Es ist verfassungsmäßiger Grundsatz in Preußen, daß die Religions- und Glaubensfreiheit nicht weiter geben kann, als es die staatsbürgliche Pflicht zuläßt und zwar ist dieser Grundatz ausgesprochen in Art. 12. der Verfassung. Auf Grund dieses Artikels sind die Bestimmungen im § 2 und 3 des Gesetzes vom 13. Mai 1873 ausgenommen, wonach auch ein an sich unlässiges Buch und Strafmittel von einem Geistlichen nicht angewendet werden darf, wenn eine Handlung dadurch getroffen wird, welche nur die Ausübung eines staatsbürglichen Rechtes ist. Wenn also durch den obersten Gerichtshof des Landes die Bestrafung eines Geistlichen in dem vom Vorredner angeführten Fall ausgesprochen wurde, so ist damit tatsächlich festgestellt, daß von Seiten des Verurtheilten ein schwerer Eingriff in die Ausübung der staatsbürglichen Rechte und Pflichten verübt worden ist, denn dies ist die Voraussetzung, auf die allein eine Verurtheilung im Sinne der §§ 2 und 3 des genannten Gesetzes sich stützen kann.

Abg. Windhorst (Meyen): Die von dem Regierungs-Commissioner citirten Paragraphen des Gesetzes können sich gar nicht auf das Geheimnis beziehen, denn dieses ist von Seiten der Kirche umgeben mit den

gespannte Erwartung, die Hoffnungsfreudigkeit und das endliche Aufjubeln des "ungeheuren wallenden Herzens" mit überzeugender Innigkeit zum Ausdruck. Das Schlussoffizial wurde etwas überhastet und schien durch einige Athemnot im Vollklang der Stimme beeinträchtigt zu werden, auch war die Coloratur nicht ganz eben. Die Cavatine: "Und ob die Wolke sie verbüllt" berührte wohlthüend durch die natürliche Schönheit des Tons und durch die zarte gefühlvolle, dabei musikalisch gebildete Auffassung. Das hohe As war beide Male um eine Schwebung zu tief, im Nebigen gebührt der Sänger das Lob tabellöser Reinheit. Die Darstellung hielt sich in makvoller Haltung innerhalb der Grenzen, welche durch die Natur der sentimental angehauchten Rolle bedingt sind, ohne indessen zu große Passivität zu fallen, wie es mit solchen Sängerinnen zu gelingen pflegt, welche als Agathe zum ersten Male die heißen Bretter betreten. Das Spiel war stets theilnehmend und man erkannte auch daraus ein tüchtig durchgebildetes Talent. Wir werden der Sängerin nächstens auf einem dramatisch schwierigeren Gebiete begegnen, als Donna Anna im "Don Juan". Hoffentlich wird Fräulein Mannstein in dieser Rolle den vortheilhaftesten Eindruck, den ihre Agathe hervorgerufen hat, zu befestigen und zu verstärken wissen. Zu weiteren Bemerkungen über die Vorstellung der Oper fühlt sich die Kritik diesmal nicht veranlaßt, da die Besetzung hinlänglich bekannt ist.

M.

derartigen verbrecherischen Missbrauchs der Beichte der Priester gezwungen werden müssen zu reden? (Rufe im Centrum: nein! niemals!) Gut, wenn der Priester in solchem Fall nicht sprechen will, dann wird der Gezege sprechen, und wenn das Gericht daraus hin die Überzeugung der Schulden bekommt, so wird es sich an das Schweigen des Geistlichen nicht lehren; denn es ist seine Pflicht Verbrechen zu strafen. Niemals kann ein vernünftiger Staat sich selbst ganz schullos machen gegenüber jedem denkbaren Missbrauch des Beichtgeheimnisses und wir können nicht absehen von dem § 2 des Gesetzes von 1873, welchen wir in voller Überzeugung der ganzen hier in Frage stehenden Materie niemals geschaffen haben. (Lebhafte Beifall links und rechts im Centrum.)

Abg. Dauzenberg: Das Beichtgeheimnis ist von der Kirch so absolut geboten, daß der Priester nicht nur nicht durch Worte, sondern auch nicht einmal durch irgend eine That, ja selbst nur durch irgend ein Zeichen etwas aus der Beichte, gegen wen es auch sei, verraten darf.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Wenn der Abg. Windhorst, sowie der Vorredner, das absolute Still-schweigen des Priesters als so absolut geboten hervorheben, so weiß ich einfach darauf hin, daß die katholische Kirche für alle Dinge Dispens hat. (Lebhafte Widerprüfung im Centrum) Ja, wie kommen Sie dazu, die Beichte als ein noli me tangere hinzustellen, während Sie zu gleicher Zeit den Gesetzen des Staates offen den Gehorsam künden. Der schwere Conflict zwischen Staat und Kirche wird nur dann ein Ende nehmen, wenn die Kirche einseht, daß sie sich mit den Staatsgewalten auseinandersehen und das tolerari posse, welches sie anderwärts ausgesprochen hat, auch auf unsere Verhältnisse anwenden müsse. (Sehr richtig! links.)

Abg. Windhorst (Meppen): Ich muß erklären, daß ich bei meinem Urtheil über den Denuncianten in diesem Falle eine bestimmte Person nicht im Auge gehabt habe. Wenn meine Ausdrücke sehr scharf waren, so sind sie es geworden durch die Erregung, welche die fatale Erklärung des Regierungskommissars in dieser Sache allerdings in mir hervorrief und sollte ich da in meinen Anserungen zu weit gegangen sein, so bin ich gern bereit, die gebrauchten Ausdrücke zurückzunehmen. Dabei muß ich aber bleiben, daß ich eine Denunciation aus der Beichte für eine absolut nicht zu rechtfertigende Handlung halte. Man will den Staatsanwalt und die Gerichte in die innersten Mysterien unserer Kirche, in das Geheimniß der Beichte eindringen lassen; das heißt die Dinge geradzu auf die Spize treiben. Immer und immer wieder muß ich die Regierung daran mahnen, daß es die höchste Zeit sei, eine Änderung einzutreten zu lassen. Mögen Männer aus allen Parteien zusammentreten, um sorgsam zu prüfen, ob die Maigesetze nicht aufzuheben oder umzuändern sind. (Abg. Hund v. Hafften: das wird nicht geschehen.) Auf keine andere Weise wird der Friede hergestellt werden können.

Abg. Richter (Sangerhausen): Nach den unerhörten Ausdrücken des Abg. Windhorst (Meppen) hatte ich geglaubt, daß er ganz genau über die Person und die Angelegenheit, um welche es sich hier handelt, Bescheid wisse. Nun stellt sich aber heraus, daß man nicht einmal weiß, wer denunciat hat. Ich nehme deshalb die Zurücknahme der Ausdrücke von Seiten des Abg. Windhorst gleichsam als eine Ehrenerklärung für jenen Mann hin, welchem die Absolution verliehen worden ist. Dann ist auch gegen unsere Richter eine schwere Verurtheilung ausgesprochen worden; aber wie kommen Sie denn dazu, über das Gewissen unserer Richter hier bei der Thatsache zu urteilen, ohne die Thatsache selbst genau zu kennen. Genso wie Sie für Ihre Priester eintreten, treten wir für das Gewissen unserer Richter ein (Beifall), man behauptet, daß die Beichte bei dem Erlös der Maigesetze außer Betracht geblieben sei. Dies ist nicht der Fall. Ich selbst habe dem Abg. v. Mallinckrodt und andern Commissionmitgliedern gegenüber speziell darauf hingewiesen, daß auch mit dem Beichtstuhl Missbrauch getrieben werden könne, und daß der Staat dann das Recht haben müsse, einzuschreiten. Ich will nicht, daß unter dem Deckmantel des Gewissens das bürgerliche Gesetz verletzt werden darf. (Sehr gut.) Die Ansicht des Abg. Windhorst über das absolute Halten des Beichtgeheimnisses ist auch für die preußische Rechtsauffassung eine völlig irrite, denn das allgemeine Landrecht, das doch nicht bloß für die evangelischen, sondern auch für die katholischen Geistlichen Gültigkeit hat, sagt im § 80 Theil II, Titel 11: "Was einem Geistlichen unter dem Siegel der Beichte oder der geistlichen Amtsverschwiegenheit anvertraut worden, daß muß er bei Berufung seines Amtes geheim halten." Das ist Ihr Grundsatz; nun kommen aber die Modifikationen: § 81. "Auch zum gerichtlichen Bezugnisse über den Inhalt solcher Eröffnungen kann ein Geistlicher ohne den Willen desjenigen, der ihm dieselben anvertraut hat, nicht aufgefordert werden." § 82. "Soweit aber die Offenbarung eines solchen Geheimnisses notwendig ist, um eine dem Staat drohende Gefahr abzuwenden oder ein Verbrechen zu verbüten oder den schädlichen Folgen eines schon begangenen Verbrechens abzufangen oder vorzubeugen, muß der Geistliche dasselbe der Obrigkeit anzeigen." (Hört!) Von einer absoluten Ausnahme des Beichtstuhls, von einem absoluten Schutz des Beichtgeheimnisses ist in Preußen nach dem Gesetz nicht die Rede und nach der allgemeinen Criminalordnung (2. Theil, 5. Abschnitt, § 313) sind eben diese Bestimmungen des Allg. Landrechts für alle Pfarrer und Geistlichen in Anwendung zu bringen. In einem Rechtspruch (Simon I, § 379) wird ausdrücklich gesagt: "Die Beichthealtung der Beichte und die geistliche Amtsverschwiegenheit ist jedoch nur eine Pflicht des Geistlichen gegen das Beichtstuhl, die es hat ein Recht darauf. Keineswegs kann der Geistliche wegen seiner eigenen strafbaren Anserungen bei der Beichte, im Fall das Beichtstuhl selbst davon Anzeige macht, auf die ihm hier eben erlassene Pflicht der Beichthealtung berufen, um sich der Rechthabkeit zu entziehen". (Hört!) Das ist das bestehende preußische Recht, welches vor den Maigesetzen bestanden hat und nicht erst bei eingeführt worden ist. Und das zu halten und gegenüber dem neuen Standpunkt der Herren (im Centrum) zu verteidigen, das ist unsere gemeinsame Pflicht, auch die Pflicht der Geistlichen. (Beifall links.)

Abg. Wehrenpfennig bemerkte, daß es unmöglich sei, seine Anserungen, auf die sich Abg. Windhorst beziehen, gründlicher in ihr Gegentheil zu verfehlern, als es von demselben geschehen sei. Federzeit habe er von der katholischen Kirche und ihren Einrichtungen mit der achtungsvollen Rücksicht gesprochen. Niemals habe er den Staat aufgefordert unter Umständen in das Ministerium der Kirche einzutragen, niemals von dem Missbrauch des Beichtstuhls, sondern nur von der Möglichkeit eines solchen Missbrauchs gesprochen, und daß sie vorhanden sei, lebte die Gedächtnisse.

Abg. Windhorst (Meppen) provozierte auf den stenographischen Bericht. — Auch Abg. Dauzenberg will gehört haben, daß Wehrenpfennig vom Missbrauch des Beichtstuhls zuerst schlechtthin, später mit einer gewissen Einschränkung gelobt hat.

Bei Tit. 2 (Bedürfnis-Zuschüsse und einmalige Unterstützungen, insbesondere für einen neuen katholischen Bischof 48 000 M.) wünscht Abg. Windhorst (Meppen) aus den bereits früher von ihm dargelegten Gründen eine geforderte Abstimmung.

Abg. v. Garlinski erörtert hierbei die Stellung des Staates zu einem katholischen Priester, welcher das Cölibat gebrochen habe, und weder in der römisch-katholischen noch in der altkatholischen Kirche stände und wünscht über die Gründe der Regierung für

die Erhaltung dieser Priester in ihren Pfunden den bisher beobachteten Prinzipien zu wider eine Auflösung.

Minister Fall: Der Domherr Gudziński ist Pfarrer in Mogilno, wohnt aber augenblicklich nicht mehr dort. Derjelbe hat geheirathet. Es ist richtig, daß das sogenannte Altkatolikengesetz auf den vorliegenden Fall keine Anwendung finden kann. Aber es ist ebenso richtig, daß durch dieses Gesetz noch nicht alle Beziehungen und Verhältnisse der Altkatoliken geregt sind und daß es deshalb der Staatsregierung anheimgestellt bleibe, die aus dem Geiste des Gesetzes folgenden Consequenzen für ihre Verwaltungsmethoden zu ziehen. Es gibt nur zwei Fälle, in denen die Regierung ihren Schutz dem Besitzer einer Pfunde entziehen kann. Der erste Fall ist, wenn ein Erkenntnis des Reichsgerichts für kirchliche Angelegenheiten herbeigeführt ist, welches den Inhaber einer Pfunde seines Amtes für verlustig erklärt. Ein solches Erkenntnis liegt aber in diesem Falle nicht vor. Man sagt nun, die Staatsregierung hätte auch ohne ein solches Erkenntnis durch das bloße Factum, daß von einem Priester das Cölibat gebrochen sei, sich bewegen fühlten müssen, administrativ einzuschreiten. Das Moment der Verheirathung eines Priesters liegt aber gar nicht auf staatlicher, sondern auf kirchlicher Seite. Ich berufe mich hier auf die Autorität des Abg. Windhorst (Meppen), der bei der Beratung des Reichsgerichtsgesetzes sagte: Mit der Annahme dieses Gesetzes fällt für den Staat die Rücksichtnahme auf das kirchliche Gebot des Cölibats fort, er hat aus dem Bruch desselben keinerlei Consequenzen zu ziehen. Der zweite Fall, wo der Staat dem Inhaber einer Pfunde seinen Schutz entziehen muss, ist der, wenn die geordnete kirchliche Instanz einen Geistlichen seines Amtes entsetzt hat und gegen dieses Urtheil der Reichsgericht für kirchliche Angelegenheiten nicht mit Erfolg angerufen ist. Aber eine solche geordnete kirchliche Instanz gibt es augenblicklich in der Provinz Polen nicht, der Erzbischof ist seines Amtes entsetzt und die Staatsregierung kann gelegentlich nur in wenigen bestimmten Richtungen, wie in der Vermögensverwaltung, seine Funktionen wahrnehmen. Ich bedauere diese unliebsamen Consequenzen. Keineswegs aber werde ich durch Administrationsregeln den Pächtern des Domherrn Gudziński im Abgeordnetenhaus entgegenstellen, falls sie die Verpflichtung zu ihrer Leistungen diesem Pfarrer gegenüber befreiten sollten. Ich wiederhole, daß ich diese Zustände bedauere, aber durch die Lage der Gezege und Ihren Widerstand gegen dieselben sind solche Zustände geschaffen. (Beifall.)

Abg. Petri: Der Fall Gudziński ist einer der kirchlich interessantesten. Im Ganzen kann ich mich der juristischen Ausführung des Cultusministers anschließen, ich will sie nur nach einer Richtung hin ergänzen. Die geschlossene Civilisie eines katholischen Priesters ist gelegentlich gültig, er untersteht nur in Beziehung auf das verletzte Gebot das Cölibats der Disciplinargewalt seiner vorgesetzten kirchlichen Behörde, im Fall dieselbe den Anforderungen der Maigesetze entspricht. Das würde auch in Polen der Fall sein, wenn dort ein staatlich anerkannter Bischof wäre. In dem vorliegenden Falle wäre derselbe aber auch nicht kompetent, weil der betreffende Pfarrer erklärt hat, er wolle der altkatholischen Gemeinde in Königsberg beitreten. Es würde nun die Frage entstehen, ob er nun der Disciplinargewalt des altkatholischen Bischofs Reims untersteht. Wenn auch die Altkatoliken sich theoretisch gegen das Cölibat ausgesprochen haben, so besteht derselbe doch praktisch bei ihnen noch zu Recht. Bischof Kleinens würde aber nur in der Lage sein, dann disciplinarisch gegen den Betreffenden vorzugehen, wenn er faktisch noch seine seelsorgerlichen Pflichten ausübt; da dies nicht der Fall ist, so hat er nach altkatholischen Grundzügen keine Verantwortung zum Eingreifen.

Abg. Windhorst (Meppen): Der Fall liegt so: Der frühere Pfarrer hat geheirathet, hat seine Pfarrer verlassen, sitzt in Königsberg und thut nichts, besitzt aber alle Einkünfte aus seiner früheren Pfarr. Es widerspricht Niemand, ich nehme also an, daß alle diese Sätze als richtig anerkennt. Der Minister glaubt sich durch eine frühere Anerkennung von mir schützen zu können. Diejelbe bedeutete allerdings, daß durch das Civilehegesetz der Staat in einem Gegensatz zur Kirche tritt, daß nach dem Gesetz ein Priester heirathen kann und daß die Ehe als bürgerlich gültig betrachtet werden müsse. Aus dieser Ansicht folgt aber durchaus nichts für die Frage, wie sich bei einer Verlebung des Cölibats die Sache auf kirchlichem Gebiete verhält, und daß es unzweckhaft ist, daß ein solcher Priester seine Stelle ipso iure verliert. Es ist auch für den Staat gar nicht notwendig, hierfür noch einen besonderen richterlichen Auspruch zu haben. Ich frage, wann in der Welt hat es jemand als richtig anerkannt, daß ein im Amte befindlicher Mensch die Revenienz des Amtes bezieht, wenn er das Amt verläßt und aufhört Dienste zu leisten? Soll man ihm bezahlen das, was er nicht leistet? Wenn ein Staatsbeamter eine solche Forderung stellen würde, würde man es absolut lächerlich finden. Der Minister hat bedauert, daß die gegenwärtige kirchliche Ordnung in Polen nicht ein Remedium gestatte. Ich meine aber, selbst wenn der Bischof dem Priester diszipliniert hätte, dann würde der Reichsgericht für kirchliche Angelegenheiten erkennen, daß die Disziplinargewalt bei nicht statthaft, weil der Priester sich nur ihm zufolgend gelegentlich bürgerlicher Rechte bedient habe. Der Minister hat erkannt, daß hier uns großes materielles Unrecht geschieht, es könnte dagegen Remedium geschafft werden — ich müßte denn annehmen, daß das Bedauern des Ministers über diese Zustände von seinen Räthen nicht getheilt wird.

Abg. Petri constatirt, daß er nicht der Ansicht sei, ein katholischer Priester verlieren durch Verheirathung ipso iure sein Amt. Dazu bedürfe es nach canonischem Recht einer Procedur. Deshalb könne er auch alle vom Vorredner aus dieser irrgen Bräume gezogenen Conclusions nicht als richtig anerkennt. Was der Reichsgericht für kirchliche Angelegenheiten in einem bestimmten Falle erkannt haben würde, das könne der Abg. Windhorst ebenso wenig wissen, wie Redner es weiß.

Abg. v. Garlinski weist darauf hin, daß neulich der Abg. Schumann bei der Besprechung des Domstiftes in Brandenburg klar nachgewiesen habe, daß derjenige keine Kirchengelder beziehen dürfe, der keine kirchlichen Dienste leiste. Die Staatsregierung habe freie Hand hier einzuschreiten, wenn nicht schon vorher mit Gudziński verabredet worden sei, was er erhalten sollte. Man wolle die Ehe des Priesters nicht leitstören, sondern nur die Eigentumsfrage an der Pfarrkirche discutiren. Geh die linke Seite des Hauses leichtsinnig über diese Frage hinweg, dann sei der Vorwurf gerechtfertigt, daß sie die Socialdemokratie begünstige.

Zu Kap. 121, Tit. 1 (Provinzial-Schulcollegien; Befolungen, 155 100 M.) beantragt Abg. Richter (Sangerhausen), den ausgelössten Vermerk: „die als künftig wegfallend bezeichnete Stelle (2. Schulratshälfte in Kassel) kann wieder belegt werden, wenn die Eridigung in innerhalb des gegenwärtigen Etatsjahres erfolgt“ — wieder aufzunehmen.

Der Antragsteller betont, daß sein Antrag die Correctur eines Fehlers im Etat sei, und daß er im Einverständniß mit der Regierung und sämtlichen Mitgliedern der Gruppe gestellt sei.

Abg. Brüel: Der Abg. Windhorst (Bielefeld) hat uns in Bezug auf den Religionsunterricht in der Schule neulich sein Ideal vorgeführt, welches in einer Staatsreligion für die Schule und einer konfessionellen Religion für den Privatgebrauch besteht. Ich habe dies ursprünglich als eine unklare Phantasie angesehen,

schließlich aber gefunden, daß dies Ideal schon vor hundert Jahren in der französischen Revolution aufgestellt worden ist. Die Regierung geht noch weit kraffter vor, indem sie den Geistlichen den Religionsunterricht in der Schule überhaupt entzieht, denselben von ihr angestellten Lehrern überträgt und die Eltern nicht nur zwingt, ihre Kinder in jenen Religionsunterricht zu schicken, sondern indem sie sie auch verhindert, ihren Kindern einen ihnen conuenienten Religionsunterricht ertheilen zu lassen. Durch den Eingriff des Staates in die Rechte der Eltern ist tatsächlich Art. 24 der Verfassung illusorisch gemacht, welcher den einzelnen Religionsgesellschaften die Leitung des religiösen Unterrichts in der Volksschule garantirt. Ich glaube auch, daß dieser Artikel sehr bald aufgehoben werden wird und ihm nach wird dann bald der Artikel 12 folgen, welcher die Freiheit des religiösen Bekanntnisses gewährleistet. Mit der Aufhebung der Schulfreiheit hat man angefangen und mit der Aufhebung der Gewissensfreiheit wird man aufhören. Ich hoffe aber, daß die alte Religiosität noch so viel Kraft haben wird, um den Bestrebungen der Regierung zu widerstehen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr.

Panzig, 22. Februar.

Der Reichstag wird heute nicht unter den günstigsten Auspicien eröffnet. Wir haben vor einigen Wochen gesehen, daß von der Bühne aus eingeschworene ultramontane Phrasen von Einfluß sein können auf Mitglieder der „deutschen Fortschrittspartei“. Das Schicksal der Vorlage über die Secundärbahnen im Abgeordnetenhaus hat gezeigt, daß von der Tribüne ausgesprochene Phrasen auch von Einfluß auf unsere Volksvertreter sein können. Eine offiziöse Notiz constatirt, daß die Ablehnung jener Vorlage sowohl in Regierungs- wie in parlamentarischen Kreisen große Verstimmung hervorgerufen hat, mehr noch als um der Sache selbst um deswillen, weil die Abstimmung „als ein Symptom der augenblicklichen parlamentarischen Situation“ gilt. Seit der Versehung der Parteien wegen des Compromises hat sich die Parteigruppierung nothwendig verschoben. Die legislatorischen Leistungen des letzten Decenniums in Preußen und Deutschland waren so fruchtbar und gewaltig, wie noch nie vorher in irgend einem Staate der Welt. Es scheint, als ob wir uns jetzt einer Periode der Unfruchtbarkeit nähern und als wäre das Schicksal des Gesetzesvorwes über die Secundärbahnen das erste Zeichen davon. Im Reichstage muß dies noch mehr hervortreten. Denn bisher hatten hier die Nationalliberalen zusammen mit der Fortschrittspartei die Majorität, oder wenn die letztere Partei, wie häufig gehabt, ein Zusammenswerken verfolgte, so genügten die Freikonservativen, um eine Mehrheit zu erzielen. Beides ist nicht mehr der Fall. In Folge des wegen des Compromises vom Zaun gebrochenen Streites haben beide liberalen Fraktionen in Zahl und mehr noch an Zusammenhalt eingebüßt. Aber auch keiner der anderen Gruppen kann eine Mehrheit erzielen, die Nationalliberalen werden nach wie vor die bei weitesten Stärke fraction bilden, ohne die keine Majorität zu erzielen sein wird. So sind die einzelnen Gruppen stark genug, um eine geistige Arbeit zu verhindern, aber zu schwach zu producieren. Es wird der Mäßigung aller staatsfreundlichen Elemente dienen, um etwas Positives zu Stande bringen zu können, und die Aussichten sind dazu nicht glänzend. Der Parteihader, die gegenseitigen Anschuldigungen tragen leider auch große Schuld daran, daß die wirtschaftliche Lage nicht vornärts schreiten kann.

Im Präsidium des Reichstages wird wahrscheinlich eine der Verschiebung der Parteistärke entsprechende Änderung eintreten. Vorkommen wird, daß der Reichstag nicht unter dem Generalrathe noch nicht vor. Jedenfalls wird auch dieser wichtige Theil des Etats im Ausschuß berathen werden müssen, bevor man an die Berathung des Etatsgesetzes herantrete kann. Unter solchen Umständen ist nicht füglich anzunehmen, daß der Etat noch im Laufe dieser Woche bereits dem Reichstage wird zugesehen können. — In einzelnen Blättern ist davon die Rede, daß die Tabaksteuer zunächst als Object für die Deckung des Deficits im Reichshaushaltsetat in's Auge gefaßt sei; in sonst gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen wird man wissen, daß die Erörterungen an entscheidender Stelle über finanzielle und bezw. über Zoll- und Steueroerationen noch in der ersten Vorbereitung begriffen seien. Es läßt sich daher noch garnicht sagen, nach welcher Richtung hin die Entscheidung fallen wird. Daß u. A. auch die Tabaksteuer in den Kreis der Erwägungen gezogen worden, wird übrigens auch in jenen gedachten Kreisen als zutreffend angesehen.

— Das längst erwartete Leichenschaugeseck wird dem Reichstag in seiner nächsten Session vorgetragen werden.

— In der Budgetcommission des Herrenhauses hat Graf Udo Stolberg folgenden Antrag eingebracht: Das Herrenhaus wolle beschließen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, 1) ihren Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß die Matricularbeiträge der Einzelstaaten, so weit thunlich, durch eigene Einnahmen des Reichs ersezt werden, 2) die durch den Fall des Matricularbeitrags im preußischen Staatshaushaltsetat ersparten Summen zu einer weiteren Dotirung der Provinzial-, bezw. Kreis- und Communalverbände zu verwenden.

Breslau, 20. Februar. Die Rinderpest, die man schon als völlig erloschen betrachtete, ist leider unter den Viehbeständen des Bauergutsbesitzers Müller zu Opperau bei Breslau ausgebrochen. Sämtliches demselben gehörige Vieh wurde demzufolge gestern getötet. Die Ortschaft ist durch Militär gesperrt.

Kiel, 21. Februar. Die Post von Christiania vom 18. d. ist heute eingegangen. Dagegen sind Posten von Christiania und Stockholm vom 19. d. wahrscheinlich in Folge Schneefalls ausgeblichen.

Weniger zu thun, wäre Pflichtvergessenheit. Den Frieden bricht, wer angreift, nicht wer blos abwehrt.

Wir haben bereits der ebenso verständigen wie freimüthigen Kritik, welche die „Pößnische Zeitung“ an der Nothstands-Resolution des Herrn Max Hirsch geübt hat, Erwähnung gethan. Sie hat Herrn Hirsch geradezu als Socialdemokraten bezeichnet, ihm vorgeworfen, daß er die Wähler wissenschaftlich getäuscht habe, und hinzugefügt, daß, wenn die Gewerksvereine an ihrem Anwalt Hirsch festhielten, die Fortschrittspartei sich von dieser Art der Genossenschaften, „die auf einem Umweg dahin gekommen sind, von dem sie nach ihrer Bestimmung eben ableben sollten“, zurückziehen müßte. Das andere Hauptorgan der Berliner Fortschrittspartei, die „Volkszeitung“, ist über dieses Urteil ihrer Collegen sehr ungehalten; sie hat die schmerzhafte Überezeugung, daß in dem besagten Artikel der „Pößnischen Zeitung“, „eine frivole Hand ohne Noth die liberale Sache auf das Schwerthe zu schädigen versucht hat.“ Da haben wir also das Anathem in optima forma! Bloß weil es auf eine große Gefahr im Schocke der eigenen Partei aufmerksam macht, wird ein großes und geachtetes Blatt von seinem Gesinnungsgenossen der häßlichsten Motive, ja des Hochverrats an der liberalen Sache beschuldigt. In der That, dieses Skandals bedürfte es grade noch, um das kaum verstummte Verhältnis verschafft zu kennzeichnen!

In Wien ist auf einer Conferenz der Minister Österreichs und Ungarns vor gestern endlich eine Verständigung in der Bankfrage erzielt. Ungarn hat dabei das „Prinzip“ der Parität bei der Organisation des Generalrates der Bank erobert, und Österreich trostet sich damit, daß die faktischen Verhältnisse jenes Prinzip nie zur Gelung kommen lassen werden. Die Majorität der Mitglieder des Generalrates wird nämlich von den Actionären gewählt, und da Ungarn keinen Pfennig zur Dotirung der Nationalbank beigetragen hat, so werden auch künftig die ungarischen Mitglieder des Generalrates in der Minorität bleiben. Die von den Ministern provisorisch abgeschlossene Vereinbarung lautet folgendermaßen: „Der Generalrat besteht aus dem Gouverneur, 2 Vicegouverneuren und 12 Generalräthen. Der Gouverneur wird auf den gemeinsamen Vorschlag beider Regierungen, die Vicegouverneure werden auf den Vorschlag des betreffenden Finanzministers vom Kaiser ernannt. Die Generalräthe werden von den Generalversammlungen gewählt und zwar 8 nach dem freien Erneben der Versammlung, je 2 auf den Vorschlag der Directionen in Wien und Pest.“ Der cisleithanische Minister des Innern hat die Delegirten der Verfassungspartei aus beiden Häusern des Reichsrates zu gestern Nachmittag zu sich entboten, ihnen die obige Vereinbarung mitgetheilt und einzelne Anfragen beantwortet. Die ungarischen Minister, welche gestern in Pest mit Vertretern ihrer Parteiconferten, werden morgen nach Wien zurückkehren. Sobald beiderseits die Zustimmung der Majoritäten gesichert ist, wird sich das ungarische Ministerium neu constituiren, und es werden alsdann die Ausgleichsstipulationen in einer gemeinsamen Conferenz der Minister endgültig festgestellt und hierauf den Parlamenten vorgelegt werden, nachdem die Generalversammlung der Nationalbank das Bankstatut acceptirt haben wird.

Deutsch

meldet gleichfalls, daß die wegen der Bank geführten Verhandlungen der österreichischen und der ungarischen Regierung zu einem vollständigen Einvernehmen und Abschluß geführt hätten. (W. T.)

Frankreich.

Paris, 20. Febr. Im Canal und an den Küsten der Bretagne wütet ein heftiger Sturm. Viele Gegenstände sind an's Land geschwemmt worden. — Der "Liberté" zufolge soll Marschall Canrobert schwer erkrankt sein. (W. T.)

England.

London, 20. Febr. Unterhaus. Der Unterstaatssekretär des Neuherrn, Bourke, erklärte auf eine Anfrage Hopwood's, daß die Regierung nicht die Absicht habe, der österreichischen Regierung wegen Freilassung der in Österreich internierten Insurgenten aus der Herzogswina Vorstellungen zu machen. — Der erste Lord der Admiraltät, Ward Hunt, erwiderte Bim, das russische Geschwader bei San Francisco bestehe aus einer Corvette und 5 Kanonenbooten; er theile übrigens die Besorgniß Bim's nicht, daß ein Krieg zwischen England und Russland ausbrechen werde, da die Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch freundschaftlicher Natur seien. — Der Unterstaatssekretär der Colonien, Lowther, entgegnete auf eine Bemerkung Gourley's, er glaube, daß die Annexion der Transvaal'schen Republik sehr vortheilhaft sein würde. (W. T.)

Schweden.

Stockholm, 18. Febr. Beide Kammern traten gestern zu kurzen Sitzungen zusammen, in welchen Staatsrat Thyselius einige Regierungsvorlagen einbrachte; die meist erwähnenswerthe ist jedenfalls die bezüglich der Teilnahme Schwedens an der bevorstehenden Pariser Ausstellung, zu welchem Zwecke der Reichstag 200 000 Kr. als extra ordinäre Ausgabe bewilligt werden. Die Regierung hat sich somit definitiv für eine Beteiligung entschlossen und ist diese Angelegenheit wahrscheinlich in der unmittelbar nach Rückunft des Königs gehaltenen Staatsräthsitzung zum Vortrag gebracht worden. — In industriellen und Gewerbekreisen scheint die Pariser Ausstellung nicht den gewünschten Sympathien zu begegnen, theilweise ist man noch der Kosten, die die Besichtigung der Philadelphia-Expedition verursachte eingedenkt, andererseits ist die Zeit etwas kurz bemessen; sobald man jedoch sieht, daß das Project von der Regierung begünstigt wird, wird sich wohl auch in diesen Kreisen ein regeres Interesse geltend machen.

Russland.

* In Folge von Überschwemmungen sind die meisten russischen Heerstrassen stark beschädigt. Die Rückkehr des Großfürsten Nicolaus von Odessa nach Kischinew mußte deshalb vorläufig unterbleiben.

Türkei.

Konstantinopel, 20. Febr. Die Ernennung christlicher Untergouverneure steht bevor. — Unter den türkischen Truppen in Trebinje ist der Typhus ausgebrochen, sonst haben die Zustände in der Herzogswina sich gebessert. — Nach einer in Bursafat eingegangenen Meldung von der Sulina-Mündung ist die türkische Flotte von Russland aus dorthin zurückgekehrt und durch eine zweite Panzerkorvette verstärkt worden.

— 21. Februar. Die Pforte hat ihre Vertreter im Auslande benachrichtigt, daß die über den Gesundheitszustand des Sultans in der europäischen Presse verbreiteten Nachrichten jeder Begründung entbehren. Der Sultan sei vor einiger Zeit von einem Bahnleiden heimgesucht gewesen, dieses Leiden sei aber gegenwärtig gehoben und die Gesundheit des Sultans eine in jeder Beziehung zufriedenstellende. In einer weiteren an die Vertreter der Pforte im Auslande gerichteten Depesche werden alle Gerüchte von einem bevorstehenden Beiratswechsel offiziell als falsch und unbegründet bezeichnet. (W. T.)

Amerika.

Washington, 20. Febr. Das Repräsentantenhaus hat der Entscheidung der Fünfzehner-Commission, daß die Wahlstimmen von Louisiana als für Hayes abgegeben zu betrachten seien, seine Zustimmung versagt; die Entscheidung der Fünfzehner-Commission bleibt nichts desto weniger in Kraft. Die Prüfung der Wahlstimmen der übrigen Staaten wurde in der alphabetischen Reihenfolge bis zum Staate Nevada fortgesetzt, die Wahlstimmen dieser Staaten wurden für gültig erklärt. (W. T.)

— 21. Febr. Der Senat hat die in Betreff der Wahlstimmen von Nevada erhobenen Einwendungen als unbegründet zurückgewiesen. Die Finanzcommission des Senats hat die Emission neuer 4 Prozentiger Obligationen beantragt; der bezügliche Antrag der Finanzcommission stimmt zum Theil mit den vom Präsidenten Grant in der unter dem 3. d. M. an den Kongress gerichteten Botschaft gemachten Vorschlägen überein. (W. T.)

Danzig, 22. Februar.

* Von Thorn wird heute ein weiteres Fallen des Wasserstandes der Weichsel, allerdings nur um ca. 2 Zoll in 24 Stunden, gemeldet. Bei Marienwerder und Graudenz ist noch ziemlich hoher Wasserstand, die Eisdecke liegt jedoch unverändert fest, auch an der großen Stopfung oberhalb Montauerspie ist bisher nicht die geringste Veränderung zu bemerken gewesen. Das von Thorn herabgekommene Hochwasser hat dieselbe also nicht zu durchbrechen vermocht und steht noch jenseits dieser Stopfung.

Dirschau, 22. Febr. (Tel.) Die Stopfung bei Kniebau ist um 12 Uhr befeiert; so weit sichtbar ist die Stopfung gut abgegangen; zweite Stopfung oberhalb Schlanz ist in der Nacht entstanden und wird bis Abend frei.

* Traject über die Weichsel. [Nach dem Aushange auf dem hiesigen Bahnhof.] Terepol-Culm: bei Tag und Nacht unterbrochen; Warlubien-Graudenz: bei Tag und Nacht unterbrochen; Czerwinski-Marienwerder: bei Tag und Nacht unterbrochen.

* Wir haben schon neulich unsere Ansicht dahin ausgesprochen, daß die verschiedenen Gerüchte, welche jetzt in der Presse in Bezug auf die für die Oberpräsidien Ost- und Westpreußens in Aussicht genommenen Persönlichkeiten auftauchen, auf einer zur Zeit noch müßigen Combination be-

rufen, da bekanntlich die Theilung für den Fall, daß sie in beiden Häusern genehmigt wird, erst mit dem 1. April 1878 in Kraft tritt. Wie wenig Anspruch auf Wahrscheinlichkeit diese Gerüchte haben, wird nun von offizieller Seite schon daran nachgewiesen, daß man den Oberpräsidenten v. Horn zum Oberpräsidenten der neu zu bildenden Provinz Berlin designirt, obwohl für diese gar kein besonderes Oberpräsidium in Aussicht genommen ist.

* Bekanntlich hat der Landwirtschaftsminister Dr. Friedenthal f. S. die Veröffentlichung einer Denkschrift über die Projekte zur Regulirung der unteren Weichsel und Nogat zugesagt, um allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich über dieselben eingehend zu informiren. Wie wir heute erfahren, wird diese Denkschrift nunmehr vorbereitet und es ist in nicht zu ferner Zeit ihre Veröffentlichung zu erwarten. Es soll dann den Interessenten in den Niederungen Gelegenheit gegeben werden, sich über dieselben zu äußern. Diese Interessenten würden daher gut daran thun, sich über eine gemeinsame Haltung bei Begutachtung jener von den staatlichen Technikern aufgestellten Projekte rechtzeitig zu verständigen.

* Die städtischen Behörden hatten sich mit der Bitte an die Staatsregierung gewendet, bei Einführung der neuen Justiz Organisation die Stadt Dirschau dem Landgerichtsbezirk Danzig zugezuteilen. Der Justizminister hat den Petenten jetzt eröffnen lassen, daß er bei Abgrenzung der Landgerichtsbezirke ihren Wünschen f. S. entsprechen zu können hoffe.

* Dem Hauptmann und Compagnieführer, Gutsbesitzer Suter zu Löbsch (Reis-Neustadt), ist der nachgehende Abschied mit der Erlaubnis zum Tragen der bisherigen Uniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen unterm 10. d. M. vom Kaiser bewilligt worden.

* Alter Anträge auf Rendierung des für die Entwicklung von Wechselstempelmarken bestehenden umständlichen Verfahrens ungeachtet ist dem Bernheim nach, geringe Aussicht auf endliche Abschaffung der vielen lästigen Formlichkeiten vorhanden. Dagegen dürfte der Tarif im Hinblick auf die Reichsmünzwährung einer Revision unterworfen werden, da das System der leichten auf die Thalerwährung nicht paßt. Lebhaft ist der lobenswerte Grundjahr angenommen, die leichtwähre Währung ganz außer Uebung zu setzen und so ist dem kürzlich in der Ministerial-Justizanz entschieden worden, daß Gemeinden, Verbände, Körperchaften u. s. w., welche Anleihen ausgeben, diese in Abschüttungen von 100, 200, 500, 1000 M. ausgeben, während Abschüttungen von 300, 600, 2000 M. welchen lediglich die Anschauung der Thalerwährung zu Grunde liegt, nicht genehmigt werden sollen.

* In einem hiesigen Weißwaren-Geschäft wurden gestern sehr bedeutende Diebstähle entdeckt, deren sich in dem betreffenden Geschäft Angefallener schuldig gemacht haben soll. Eine nach dem Verbleibe der gestohlenen Weißwaren heute bei der Händlerin S. in der Langgasse abgehaltene Haussuchung förderte eine große Menge derfelben, welche sie für verhältnismäßig sehr geringe Preise dem Diebe abgelaufen haben soll, während Abschüttungen von 300, 600, 2000 M. welchen lediglich die Anschauung der Thalerwährung zu Grunde liegt, nicht genehmigt werden sollen.

* In einem hiesigen Weißwaren-Geschäft wurden gestern sehr bedeutende Diebstähle entdeckt, deren sich in dem betreffenden Geschäft Angefallener schuldig gemacht haben soll. Eine nach dem Verbleibe der gestohlenen Weißwaren heute bei der Händlerin S. in der Langgasse abgehaltene Haussuchung förderte eine große Menge derfelben, welche sie für verhältnismäßig sehr geringe Preise dem Diebe abgelaufen haben soll,

* Angesichts des noch immer steigenden Andranges zu der hiesigen Suppen-Anstalt ist für die Tage vom 22. bis inkl. 25. d. Mts. die Ausgabe von 845 Portionen täglich von dem Comitis bewilligt worden.

* [Polizeibericht.] Wachst: der Arbeiter W. wegen groben Unfugs und Widerseiglichkeit gegen einen Beamten im Dienst; der Arbeiter S. wegen Diebstahls; der Commiss G. wegen nächtlicher Ruhestörung.

Gestohlen: dem Kaufmann H. vom Boden 2 weiße Pique-Bettdecken.

Am 21. Nachmittags fand auf dem Altstädtischen Graben ein Volksanstalt statt, hervorgerufen durch eine Schlägerei zwischen dem Männerburschen B. und dem Handlanger K., an welcher die Erster die Schulz trug.

Gefunden und beim Polizeiamt auffervt ein Schwarzmüller Regenjäger (am 8. auf der Langgasse).

* Dirschau, 21. Februar. Sonntag Nachts

haben Einbrecher der hiesigen Poststalle einen unverbotenen Besuch abgestattet. Dieselben müssen mit den Lokalitäten gut vertraut gewesen sein. Sie hatten in dem Kassenzimmer, dessen Fenster am Hofe belegen sind, unter dem Fenster in der Mauer ein Loch ausgebrochen, dann zwei Thüren mit Instrumenten gewaltsam erbrochen und waren so zu der Kasse gelangt, deren Inhalt (499 M.) verschwunden ist. Auch waren die vorhandenen Briefe und Pakete nach Wert-Inhalt vor den Dieben untersucht worden, doch hatten sie darin wohl nichts gefunden und sie deshalb liegen gelassen. Die Thöter sind noch nicht entdeckt.

Marienwerder, 21. Febr. Den Stadtverordneten lag in ihrer gestrigen Sitzung ein Antrag des Magistrats vor, die Versilberung von 20 300 M. Stadt-Obligationen a. 5% zur Deckung geleisteter Borschüsse zu genehmigen. Bei dieser Gelegenheit gab der Magistrat eine Uebersicht, in welcher Weise er die Stadtanleihe von 150 000 M. verwendet wissen möchte.

19 375 M. sollen zur Erweiterung der Baupläne zur Unteroffizierschule, welche auf den Fiducis übergeben,

30 000 M. zum Kauf des Terrains für die Schießstände und Exerzierplätze, 30 000 M. zur Errichtung eines neuen Krankenbaus, 60 000 M. zur Errichtung eines neuen Rathauses dienen. 9000 M. sind noch erforderlich, um den Rest der Kaufsumme zweier städtischer Grundstücke zu erlegen, die s. z. befußt Strafenregulierung erworben wurden, und die verbleibenden 1125 M. würden durch die Anfertigung der Obligationen und damit zusammenhängende kleine Ausgaben abgefertigt werden. Die oben erwähnte Summe von 20 300 M. beanspruchte der Magistrat, um Aufschub zu decken und um das Betriebskapital der Stadtkasse zu erhöhen. Die Versammlung war der Ansicht, daß eine Vergrößerung der Betriebssumme, um Geschäftsstreckungen zu vermeiden, nicht nothwendig sei, daß im Gegen teil noch die geringen Reste der Kaufgelder aus der Stadtkasse entricht werden könnten und lehnte darum den Magistratsantrag ab. — In derselben Sitzung der Stadtverordneten sollte der Stadthausalt-Etat für das Rechnungsjahr vom 1. April 1877/78 festgestellt werden. Derselbe weist gegen das Vorjahr eine Mehrausgabe von 7000 M. nach, die durch die Erhöhung der Kreis-Communal- und Provinzialbeiträge um 10 000 M. und durch die Verzinsung der Stadtanleihe entsteht. Nach den Ausführungen des Magistrats wird dessen ungetrachtet eine größere Belastung der Bürgerschaft als bisher nicht nothwendig sein. Wir sagen, der Etat sollte beraten werden; es kann nämlich nicht dazu. Der § 61 der Städte-Ordnung gibt dem Magistrat auf, vor Einreichung des Etats einen vollständigen Verwaltungsbericht vorzulegen und abzufüllen. Da dieses hier bisher nicht geschehen, hielt das Collegium das Entfernen in die Beratung des Etats für ungünstig, gab dem Magistrat die schämmigste Erstattung des Berichtes auf und drückte gleichzeitig den Wunsch aus, der Magistrat möge den Etat in einzelnen Abschnitten umarbeiten resp. berichtigen.

Heilsberg, 20. Februar. Unsere Nachbar-Gemeinde Neuhof hatte, nachdem eine kleine Revolution gegen die Einrichtung der Simultan-Schule dafelbst erfolglos geblieben, sich Beschwerde führend an den Cultusminister gewendet, ist von demselben aber mit ihrem Proteste zurückgewiesen. Dieselbe hat sich nun

noch mit einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet. Daß die letztere keinen Erfolg haben wird, werden die Neuhöfer Petenten wohl selbst nicht erwarten.

* Königsberg, 21. Februar. Die Stadtverordneten-Versammlung hat gestern dem Antrage des Magistrats, für das Etatjahr 1877/78 die Communalsteuer auf 240 % Zuschlag zur Klassen- und Einwohnerfestzulegen, folge gegeben. Der Stadtverordnete Hermes beantragte dabei die Erhöhung des Zuschlags auf 250%, da die 240% wie sich ziemlich sicher vorstellen lasse, doch nicht ausreichen würden. Es konnte dem auch nicht absolut widergesprochen werden, doch lehnte die Versammlung den Antrag ab, stellte aber für 1878/79 eine weitere Erhöhung des Zuschlags in Aussicht. Gleichzeitig wurde fast einstimmig eine Resolution angenommen, welche den Magistrat erachtet, die Staatsregierung zur Überlassung eines Theils der Gebäude der Commune aufzufordern. — An die hiesige Wasserleitung sind bis jetzt 90 Häuser angegeschlossen. Als Einnahme vom Wasser-Consum sind für das nächste Wirtschaftsjahr ab 500 M. (gegen 39 000 M. im Vorjahr) in den Etat gestellt. Die Ausgabe für Fortsetzung der Wasserleitungsbau betrug im letzten Jahre ca. 275 000 M., pro 1877/78 werden sie noch auf 80 007 M. veranschlagt. — Ende künftiger Woche geht hier Herr Lamontski mit seiner Kunstreiter-Gesellschaft eintragen und seine Vorstellungen zu beginnen. Der für 3500 Personen bestimmte Circus ist nahezu vollendet.

* Düsseldorf, 21. Februar. Die hiesige städtische Sparkasse schließt pro 1876 mit einer Einnahme von 330 134 M. und einer Ausgabe von 314 104 M. und sonach mit einem Bestande von 16 029 M. ab. Dieselbe weist in Einnahme nach: Einlagen 206 373 M., Zinsen 36 911 M., Kapitalien 87 110 M., in Ausgabe: Einlagen 83 000 M., Zinsen 802 M., Kapitalien 224 593 M. — Am 22. d. M. findet in der Aula des hiesigen Seminars ein von dem Seminar-Musiklehrer Herrn Schmidt errangtes Vocal- und Instrumental-Concert zum Vorteil der Nogat-Ueberleitung statt. — Die Verhandlungen wegen des Bauens einer städtischen Gasanstalt sind als gescheitert zu betrachten, da die Bahnverwaltung auf den hiesigen Bahnhöfen einen eigenen Gas-Apparat aufstellen läßt und die Einnahme von Gas aus einer zu erbauenden städtischen Gasanstalt abgelehnt hat.

* Meiningen, 21. Febr. Am 18. d. M. prahlte im Dorfe Schnautz ein Gastwirth seinen Kreuz wegen Ungehorsams mit einem Peitschenstock. Ein solcher Schlag traf die Schläfe des Knäches und streckte ihn sofort nieder. — Der 16jährige Wirthssohn Schnautz hatte vor einigen Wochen sich eine doppelläufige Klinte angeschafft, um das Gehöft seines Vaters vor Dieben zu schützen. Nachdem er vergeblich auf den Dieb gewartet, übergab er das Gewehr dem Kreuz, um s. draußen abzuschießen. Letzterer überbrachte es ihm mit dem Bemerkern, daß nur ein Lufi sich entladen, der zweite Schuß aber versagt habe. Nach wenigen Tagen nahm Schnautz dieses Gewehr in der Stube vor, um es in Ordnung zu bringen, setzte ein Zündhütchen auf und feuerte es ab. Der Schuß fuhr durch eine Deckung in der Mittelwand in die andre Stube und töötete ein daselbst sich aufhaltendes Dienstmädchen. Der junge Mensch wurde wegen dieser leichtsinnigen Schießübung in der Stube gestern vom hiesigen Kreisgericht zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt.

* Düsseldorf, 22. Februar. Die „Inst. Ztg.“ berichtet von einem d. ü. sterben Gericht, welches die am Dienstag durch eine an Ort und Stelle erschienne Gerichts-Commission vorgenommene Verhaftung des Gutsbesitzers und Standesbeamten B. in Saugwischen (hiesigen Kreises) begleitet. Einem in seinem Verhältniß, welches derselbe mit seiner Wirtin unterhielt, entstammt ein Kind, das tot zur Welt gekommen sein soll, dessen Leiche aber bald vermischt wurde. Als man nach dem Verbleibe derselben recherchierte, gaben die beiden Verheirateten an, die Leiche sei von ihnen verbrannt worden. Kaum war dies heraus die gerichtliche Untersuchung eingeleitet und B. seiner Gemeindeamt r entbunden worden, als seine Wirtin ganz plötzlich verstarb. Die Section des Leichnamen der Letzteren ist wohl weitere Verhafungsmomente ergeben haben, da die Verhaftung des B. derselben unmittelbar folgte.

* Bromberg, 21. Februar. Gestern haben die ersten 16 Oberläufe des hiesigen Canal passirt. Dieselben waren mit Weizen nach Stettin, Berlin und Hamburg befrachtet und es war denselben das Passieren des Canals nur ausnahmsweise gestattet worden, da der Canal wegen Reparatur der Schleuse erst am 1. April eröffnet wird.

Vermischtes.

* Die „Russische Oper“ in Petersburg brachte Anfang Februar Rubinstein's „Makkabäer“ unter des Componisten persönlich Leitung mit großartigem Erfolge zur Aufführung. Der „St. Petersburger Herald“ verheißt dem Werk eine bleibende Stelle im Repertoire und ist des Lobes über Composition und Aufführung voll.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

21. Februar.

Geburten: Schiffszimmermann Julius Ferdinand Brandt, L. - Händelsmann Hermann Jacobson, L. - Stellmacher Johann Korn, S. - Tischler Carl August Otto Pohl, L. - Schuhmacher Albert Hinkel, 2 S. - Arzt Herrn Wilhelm Borgius, S.

Aufgebote: Sergeant Eduard Ludwig Schmidt mit Wanda Cäcilie Greulich. - Buchbinder Otto Hermann Jungheit mit Mathilde Wilhelmine Neumann. - Tischler Julius Friedrich Schaumann mit Rosalie Louise Pawlowski. - Arbeiter Martin Kasper in Stettin mit Marie Helene Muschinski dafelbst. - Kupferschmid Friedr. Witz. Zimmermann in Halle a. S. mit Caroline Marie Rudolf in Altern. - Mühlbauer Carl August Krause in Paradies mit Wilhelmine Liedtke dafelbst.

Heiraten: Arbeiter David Eduard Gustav Schweichler mit Frau Emilie Johanna Kossakowski, geb. Biotrowska.

Todesfälle: S. d. Schlosser Friedrich Wilhelm Gernhäuser, 7 M. - S. d. Käfern. Inspector Julius Wilhelm Carl Flegel, 1 J. 11 M. - T. d. Zimmergesell Julius Ferdinand Brandt, 2 L. - S. d. Schuhmacher Wilhelm Krocker, 7 J. - T. d. Strohmeister Emil Richard Meissner, 8 W. - S. d. Arbeiter Johann Käfer, tödlich. - Marie Ott geb. Sabelski, 25 J. - Arbeiter Eduard Johann Carl Westgard, 38 J. - Fabrikarbeiter Carl Eduard Drews, 29 J. - T. d. Arbeiter Friedrich Wilhelm Seeger, 1 J.

Hansiger Förste.

Amtliche Notirungen am 22. Februar.

Weizen loco fest, 70 Tonne von 2000 M. frischglasig u. weiß 130-135 222-228 A. Br. hochbunt . . . 127-133 220-224 A. Br. bunt . . . 126-130 220-224 A. Br. rot . . . 125-131 215-220 A. Br. bez. 197-225

bunt . . . 125-131 215-220 A

Bekanntmachung.

Für die Werft sollen 10000 Kubikmeter Sandballast und 2000 Kubikmeter Kies beschafft werden.

Lieferungsverträge sind versiegelt mit der Aufschrift: "Submission auf Lieferung von Ballast etc." bis zu dem

am 3. März er,

Mittags 12 Uhr,

im Bureau der unterzeichneten Behörde anberauerten Termine mit Proben einzurichten. Die Lieferungs-Bedingungen, welche auf portofreie Anträge gegen Erstattung der Kopien ab schriftlich mitgetheilt werden, liegen im Bau-Bureau zur Einsicht aus.

Danzig, den 19. Februar 1877.

Kaiserliche Werft.

In Carl Duncker's Verlag (C. Heymons) in Berlin, Französischestrasse 20a., erschien:

Conservativ.

Preis 50 Pfennige.

Brieschen Unterricht in der doppelt. Buchführung ertheilt H. Hertel, Pfeiferstadt 51. (779)

Roth-Wein,

Schweizer Weltliner à fl. 1 fl. 50 R., ganz vorzüglich für Magenleidende, empfiehlt L. Kessler, Fleischergasse 72.

Fette Enten

empfing und empfiehle.

Magnus Bradtke.



empfiehlt Fischmarkt No. 27. (776)

P. Lindenau.

Echt Erlanger Bier	15 fl. 3 fl.
Königsberger Bier	25 fl. 3 fl.
Braunschweiger Bier	25 fl. 3 fl.
Bock-Bier	16 fl. 3 fl.
Berentier Bier	30 fl. 3 fl.
Kilp's Lager-Bier	32 fl. 3 fl.
Fischer's Lager-Bier	32 fl. 3 fl.
Danziger Actien-Bier	30 fl. 3 fl.
Witt's Lager-Bier	30 fl. 3 fl.
Puig's Bier	12 fl. 1 fl.
empfiehlt bei freier Lieferung ins Haus	

Julius Fischer, Heiligegeistgasse 16.

Matten, Mäuse, Motte, Schwaben, Wanzen etc. vertilgt mit ländlicher Garantie. Auch empfiehlt Wanzenmittel, Mottenextract, Insectenpulver. J. Drehling, R. & app. Kammerjäger, Tschlergasse 81.

Ein diesjähriges Preisverzeichniß über Blumen-, Gemüse- und Feldfrüchte, Pflanzen etc. liegt zur gefälligen Abnahme bereit in meiner Gärtnerei Langfuhr 17 und in der Blumenhalle in Danzig, Reitbahn 18. M. Raymann.

Strohhüte,

die bis zum Osterfest in meiner Fabrik noch hollen gewachsen werden, bitte gefälligst bald einzufinden.

August Hoffmann,

Heiligegeistgasse 26.

Zu Geschenken

geeignete und so beliebte Bernstein-Waaren erlaubt sich in Erinnerung zu bringen d. Bernstein-Fab. Gr. Wollweberg. 3.

Bestellungen auf gelieintes Buchen- und Kiesern-Holz werden zu ermäßigten Preisen im Arbeitshaus Töpfergasse 1 erbeten.

Verkauf einer Leihbibliothek.

Die bestens renommierte, mit allen Novitäten reichlich versehene A. Fernitz'sche Leihbibliothek in Königsberg i. Pr. ist unter den günstigsten Bedingungen und zu sehr mäßigem Preise zu verkaufen. Näheres daselbst, Münchenhofsgasse 13.

Mein Rittergut

von 1700 Morgen im Culmer Kreise, durchweg Weizenboden, beabsichtige ich auf 18 Jahre zu verpachten. Reflectanten mit mindestens 20,000 R. Caution bitte sich direct an mich zu wenden unter Chiffre S. P. 1500 postlagernd Brandenburg.

Ein Gasthaus, im besten Betriebe, Vorstadt Danzig gelegen, mit großem Concert-Garten und Salon, verschiedenen Wohngebäuden, Kegelbahn und Stallung, soll mit sämtlichem Inventarium, wegen Krankheit des Besitzers, für den billigen Preis von 18,000 R. schnellst verkauft werden.

Näheres Kohlenmarkt 8, im Laden.

Ein in Ostf. an belegenes Grundstück mit guten Gebäuden, großen Gärten u. schönen Anlagen soll frankenthaler verkauft werden.

Das Grundstück bringt neben freier Wohnung 700 R. Wohnungsmiete ein. Dasselbe würde sich auch zur Anlegung einer Restauration eignen. Nähere Auskunft ertheilt der Zimmermeister J. N. Schultz in Dirschau.

Holz- u. Torf-Verkauf.

Besten Sichttorf, Fichten und Buchenholz, klein geschlagen. Ofen- und Sparherdholz wird mit gleichzeitigem Abtragen und gutem Maß billigt geliefert.

Bestellungen werden bei Herrn E. Növenhagen, Langgasse, A. Hante, Breitgasse 126 und M. Bradtke, Kettnergasse 7 erbeten.

Th. Barnick, Stein-damm 2.

Rothe Kleesaat und ein Bullsalat (15 Mon. alt) verkaufst das Rath. Pfarramt zu St. Kriz.

6 Danziger Brauerei-Aktien, welche im letzten Jahre 7% Dividende gebracht sind wegen Erbschaftsregulierung a 73 zu verkaufen.

Abr. u. 773 i. d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Gambrinus-Halle

empfiehlt bestes
Danziger, Königsberger, Grüneberger, Erlanger
und Pilsener vom Fass.

A. Korb.

Korb's Hotel
empfiehlt im Restaurant
bestes Erlanger & Pilsener Lagerschankbier
vom Fass.

A. Korb.

Lairitz'sche prämierte Waldwollwaren, bestehend aus sämtlichen Unterwältern, als: Jacken, Hosen, Dameströper, Doppelsöpfer, Körper (nicht nach der Wäsche einspringend), sowie Strümpfe, Leibbinden, Brust- und Rückenwässer, sowie Waldwoll-Öl, Spiritus und Seifen, alsdann die unübertreffliche, taufenhältig bewährte und einzig in ihrer Art allein stehende Waldwoll-

Gicht- und Rheumatismen-Watte
von 3 Sgr. ab,
empfohlen

A. W. Jantzen, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34,
Fr. Kowalki, Langebrücke, am Frauenthor.

Gestützt auf die
Grosse Bronze-Medaille der Weltausstellung Philadelphia
und
die Anerkennung und Prämiirung auf der Brüsseler Internationale Ausstellung für Gesundheitspflege
werden die Lairitz'schen Waldwoll-Produkte aus Remda in Thüringen allen Gicht- und Rheumatismus-Leidenden als die sichersten Schutz- und Hilfsmittel angeleghentlich empfohlen.

(782)

S. Hirschwald & Co.,

Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik.

15, Wollwebergasse 15,

empfohlen

Oberhemden im guten Qualität.....	von M. 2,25 an,
Damonhemden, reich garnirt.....	2,00 -
Herren-Nachthemden	1,75 -
Negligé-Jaken mit Besatz.....	1,25 -
Damen-Pantalons mit Besatz	1,75 -
Leinene bunte Schürzen	1,25 -

Sämtliche Sorten Leinwand, als: Creas, Schlesisch, Vielefelder, Haussmacher in allen Breiten

genau zu Fabrikpreisen

laut neuester Preisliste.

Dowlas, Chiffon, Shirring, Medapolam Hollands, Piqu's, Wiener-Cords bedeutend im Preise ermäßigt.

Den Rest einzelner Wäsche-Gegenstände, sowie einen Posten Stepp- und Victoria-Röcke haben wir zum

Ausverkauf

gestellt.

Floor-Cloth.

Der Alleinverkauf dieses neuen, anerkannt guten und soliden Teppich-Stoffes (englisches Fabrikat) ist uns für Danzig und Umgegend von einer höchst reellen Firma übertragen und empfohlen wir diesen zum Zimmerbelegen bezüglich seiner Haltbarkeit, sowie schönen und brillant ausgeführten Mustern, als bestgeeigneten Stoff, der allen climatischen Verhältnissen widersteht, angeleghentlich.

Floorcloth ist bedeutend besser wie Wachstapet und ebenso haltbar wie Linoleum, dagegen billiger wie Letzteres. Es ist der einzige Zimmerbelegstoff, der in einer Breite bis 7,32 Meter angefertigt wird, so daß jeder Zimmerbelag aus einem Stück gefertigt werden kann.

Aufträge erbitten

F. Niese Nachflgr.

Tapeten- und Teppich-Handlung,

64, Langgasse 64. (791)

Auction zu Leßau.

Montag, den 26. Februar 1877. Vormitt. 10 Uhr.

werde ich zu Leßau bei dem Hofbesitzer Herrn Ad. Ohl, wegen Aufgabe der Wirtschaft, an den Meistbietenden verkaufen:

12 Arbeitspferde, 3 Jährlinge, 3 Fohlen, 5 Kühe, 2 Bullen, 2 Kälber, 7 Schweine, darunter 1 tragende Sau und 1 echt engl. Büchtl-Eber, 1 gut erhalten Jagd, 1 alten Halbverder, 1 Kästen, 1 dreißig und 3 gr. Arbeitswagen mit Zubehör, 2 kleine, 3 Arbeitsschlitten, 1 fast neue Drechs- und 1 Häckselmaschine mit Roskwerk, 1 Cylinder, 1 Reinigungsmaschine, 1 Kübenschneider, div. Getreidesiebe, 2 Erdtscheiben, 7 div. Pfüsse, 2 Gepäck Ecken, 2 Landkästen, 1 Hirtenkuh, 1 Erd., 2 Dungkarren, 2 Gepäck lederne, 2 Gepäck hanfene Geschirre, Bämme, Leinen, Halsketten, 1 Segelboot, 1 Partie Fischinen und kleingehauenes Brennholz, div. Nutzhölz, Stahl, Hans- und Küchengeräth.

Fremde Gegenstände dürfen nicht eingebraucht werden. Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction anzeigen.

Janzen, Auctionator, Breitgasse 4.

672)

zu herabgesetzten Preisen.

Hochfeine Messer und Gabeln à Dwd. 4 R., Schlüssel à Dwd. 3 1/2 R., Theelöffel à Dwd. 2 R., Butterdosen von 22 1/2 fl. an, Tafelleuchter, sehr hübsches Facon, a Paar 1 R. 10 fl., schwer versilbert, 2 R. 10 fl., Zucker-Schalen, a Stück 2-3 R., Strickscheiden, Schwedenhüllen, Theebretter, Services, Messerständer, Sparbüchsen, reizende Tischglöcken und Aschbecher, Menagen, Schreibzeuge, Wachsstockhalter a tout pris verläufig.

A. Jacobsen, Gr. Krämergasse 9.

Bur Nachricht

für die Herren Gutsbesitzer in Preußen, Pommern und in der Mark.

Von einer größeren Reise zurückgekehrt, auf die ich namentlich Sachsen, Hannover u. Meddeburg besuchte, habe ich umfassende Geschäftsverbindungen angknüpft, die mich in den Stand setzen, Käufer für Güter aller Dimensionen nachzuweisen und bitte um spezielle Anschläge.

Th. Kleemann,
Danzig, Brodbänkengasse 33.

Zwei feine polysander
Pianinos,

habe zu vermieten, resp. billig zu verkaufen
Ph. Wiszniewski, 3. Damm 8.

auch 2 Kuaben finden zu Oster- d.

Echte Pension Tsvengasse 32, 3 Trepp.

In den Jäschenthaler Wieg gegenübe gelegenen Häusern sind noch 2 ein-

wohnungen zu vermieten.

Näheres dagebst No. 10.

Jäschenthal ist ein Hand-, entho-

2 Wohnungen und größere und klein-

Wohnungen zu vermieten, der geschätzte

Preis wegen sehr zu empf. Näh. Fisch.

Seeschiffer
Berein.

Sonnabend, den 24. d.

Nachmittags 2 1/2 Uhr:

1. Damm No. 2.

Freitag, den 23. Februar er.

Große Masken-Fest.

769)

Yahres die Tageszeit.

R. Schmidt.

Haass's Concert-Halle

42. Breitgasse No. 42.

Täglich Großes Concert und o-

langes-Vorträge, Auftreten der

echten Alitalianischen Dame-

Sänger und Tänzer-

Gesellschaft Water-

Orpheus-Galopp, getanzt von Miss</p

Beilage zu Nr. 10210 der Danziger Zeitung.

Danzig, 22. Februar 1877.

Danzig, 22. Februar.

* Das vielfache Auftreten der Kinderpest hat die hiesige Regierung veranlaßt, in einem heut ausgegebenen abermaligen Extraplatzblatt darauf hinzuweisen, daß es im Interesse des Gemeinwohls durchaus notwendig sei, eine für gefährliche Kinderpest beständige in allen Gemeinden und Gutsbezirken unverzüglich zu organisieren. Zu diesem Zwecke sind zunächst alle Ortsvorstände zur Vornahme regelmäßiger, einstweilen mindestens allwöchentlich zu wiederholender Revisionen der Kindergesundheit in ihren Orten angewiesen worden, wobei auf alle Veränderungen in dem Gesundheitszustande der einzelnen Viehbestände, sowie auf den Ursprungs-Ort der neu eingeführten und auf den Bestimmungsort der ausgeföhrten Stücke besondere Aufmerksamkeit verwendet werden soll. Ferner sind die Ortspolizei-Verwaltungen angewiesen worden, in der geeigneten Weise auf die gehörige Ausführung dieser Vieh-Revisionen unablässig einzutreten und sich durch einen häufigen und geregelten Verkehr mit den Ortsvorständen, sowie durch Vornahme besonderer Revisionen eine genaue und fortlaufende Kenntnis von den Zuständen und Vorgängen in den Viehbeständen ihrer Bezirke zu verschaffen, um gleich bei dem ersten Auftreten verdächtiger Krankheits-Erscheinungen sofort die erforderlichen thierärztlichen Untersuchungen herbeizuführen, und Meldung darüber an die vorgelegte Polizeibehörde zu machen. Die Viehbesitzer werden endlich aufgefordert, im eigenen Interesse durch rechtzeitige Anzeige verdächtiger Krankheits-Erscheinungen unter ihren Viehbeständen zur Verhütung des Ausbruchs der Pest beizutragen.

* Der hiesige Vorschuss-Verein hielt gestern seine Jahres-General-Versammlung ab, welche sich vorwiegend mit dem Abschluß der Geschäfts-Resultate pro 1876 zu beschäftigen hatte. Der zunächst vorgetragene Geschäftsbericht für das vierte Quartal 1876 ergab,

dass am Jahresabschluß die Zahl der Mitglieder 1559 betrug, welche ein Gesamt-Guthaben von 165 446 M. 19 J. eingebracht hatten. Die Vermehrung dieser Geschäfts-Anteile im 4. Quartal betrug 2023 M., während gleichzeitig der jetzt 14 032 M. 60 J. betragende Reservefond um 43 M. 75 J. wuchs, das Vermögen des Vereins sich also um 2066 M. vermehrte. An fremden Capitalien hatte der Verein am Schlusse des Jahres aufgenommen 506 477 M. Spar-Gütlagen waren bei ihm niedergelegt 25 793 M. Ausgeliehen waren auf Mitglieder-Guthaben von 10 519 M. oder 6,32 % der Geschäfts-Anteile, auf Crédite in laufender Rechnung 157 720 M., überhaupt auf Wechsel ausgeliehen 682 735 M. 93 J. Am Zinsen sind im Ganzen während des Jahres 1876 aufgekommen 56 687 M.; die Geschäfts-Umlosten betrugen 8439 M. Nachdem dann auf Antrag der Revisoren den Jahres-Rechnungen pro 1873 und 1874 Decharge ertheilt war, gelangte die Vertheilung des Eingewinns zur Beschlusssfassung. Die Gesamt-Zinsen-Guittnahme betrug, wie schon erwähnt, 56 687 M. 24 J. Dagegen hatte der Verein an Zinsen für Depositen und aufgenommene Capitalien zu zahlen 36 558 M.

61 J., Beamtengehälter zu 8118 M. 95 J., für allgemeine Verwaltungszwecke 561 M. 14 J., so daß ein Rein-gewinn von 11 448 M. 54 J. entsteht, welcher in der Weise vertheilt wird, daß 572 M. 42 J. dem Reservefond zuge-wiesen, 10 710 M. 14 J. oder 7 % der Geschäfts-Anteile als Dividende an die Mitglieder gezahlt werden sollen und der Rest dem Verwaltungsrathe für Revisions- und sonstige extraordinaire Zwecke zur Verfügung gestellt wird. Schließlich wurde noch über eine anlässlich der Ernennung des bisherigen langjährigen Vor-sitzenden Hrn. Rickert zum Ehrenpräsidenten des Vereins von einer Ansahl Mitglieder veranstaltete Festlichkeit

Berlin. Zweck seines Besuches ist die Erkrankung des dritten Bruders, des russischen Staatsraths Maximilian Heine." Ein angenehmer Besuch! "Zwiet!"

* Das amerikanische Eis wird voransichtlich billig werden, auch dann, wenn nicht, wie im Jahre 1876 ein kalter Spätsommer die Nachfrage auf ein Kleinstes zurückführt. Die New-Yorker Eisgesellschaften berichten, daß ihre Vorrathskammern für den Sommerhandel gefüllt sind. Das Eis sei von vorzüglicher Be-schaffenheit, 12–14 Zoll dick und völlig schneefrei. In den am Hudson gelegenen Häusern hat eine Gesellschaft fast 250 000 Tons, verschiedene andere 120 000 gesammelt. Es sind für Einsammeln dieser Vorräthe 137 000 Dollars ausgegeben worden; über 400 Mann und 500 Pferde sind mit der Arbeit beschäftigt gewesen.

Bremen, 20. Februar. Zu der Nachricht der "S. B.-H.", daß ein Haus in New Orleans mehrere Bremer Firmen durch gefälschte Connoissements um ca. 2 Mill. M. betrogen habe, schreibt die "W. Bts.": So weit sich bis jetzt übersehen läßt, werden Bremer Firmen gar keinen Verlust durch jenes betrügerische Manöver erleiden. Zwar ist an die hiesige Handelskammer von dem deutschen Consul in Mobile telegraphisch die Warnung gerichtet, in Betreff der Verladung durch die hier zu erwartenden Schiffe "Kale Mellid", "Moltke", "Fred. A. Carle", auf der Hut zu sein, indeß weiß man sicher durch Telegramme von New York, daß die Fälschungen erst innerhalb der letzten drei Wochen begangen sind und alle Bremer Engagements datiren aus früherer Zeit. Später Tratten mit gefälschten Connoissements sind zurückgegangen.

Börsen-Pepesch der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 21. Februar. Effecten-Societät. Creditactien 123%, Franzosen 196%, Silberrente —, 1860er Loose —, Papierrente —, Galizier 173%, Goldrente 60%. Mitter.

Amsterdam, 21. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftsflos, auf Termine flau, zu März 303, zu Mai —. — Roggen loco unverändert, auf Termine matt, zu März 188, zu Mai-Juni 63,50, zu Mai-August 64,50. Rübbel rubig, zu Februar 94,00, zu April 94,25, zu Mai-August 93,50, zu September-Dezember 91,00. Spiritus rubig, zu Februar 62,00, zu Mai-August 63,75. — Wetter: Schön.

Wien, 21. Febr. (Schätzware: Papierrente 62,90, Silbert 68,00, 1854er Loose 105,00, National 836,00, Nordbahn 180,5, Creditactien 150,10, Franzosen 240,00, Galizier 210,5, Kaschau-Oberberger 85,00, Paribus —, Nordwestbahn 113,00, do. Lit. B. —, London 123,80, Hamburg 60,25, Paris 49,05, Frankfurt 60,25, Amsterdam 101,80, Creditloose 162,00, 1860er Loose 110,30, Lomb. Eisenbahn 78,00, 1864er Loose 134,70, Unionbank 53,00, Anglo Austria 73,00, Napoleon 9,87, Lukatzen 5,90, Silbercoupons 113,50, Elisabethbahn 132,70, Ungarische Prämielenloose 72,20, Deutsche Reichsbanknoten 60,65, Türkische Loose 17,20. Goldrente 74,10.

London, 21. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen fest, bei geringem Geschäft. Andere 25. Mehl 6 D. 10 C.. Rother Frühjahrsweizen 1D.

Getreidearten unverändert. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 5600, Gerste 7620, Hafer 12 160 Orts, — Wetter: Kalt.

London, 21. Febr. [Schlussbericht.] Consols 95 1/2%, 5% Italienische Rente 71 1/2%, Lombarden 6 1/2%, 3% Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2%, 3% Lombarden-Priorität neue —, 5% Russen de 1871 82 1/2%, Russen de 1872 82, Silber 56, Türkische Anleihe de 1865 11 1/2%, 5% Türken de 1869 —, 5% Vereinigte Staaten zu 1885 —, 5% Vereinigte Staaten 5% fundierte 107 1/2%, Österreichische Süderrente —, Österreichische Papierrente —, 6% ungarische Schatzbonds —, 6% ungarische Schatzbonds 2. Emission 77, Spanier 11 1/2%, 6% Peruaner 18 1/2%, Russen de 1873 81 1/2%, Blakbiscout 1 1/2% pt. In die Bank flossen hente 50 000 Pfld. Sterl.

Liverpool, 21. Febr. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfang 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Stetig. Futures unverändert.

Leith, 21. Febr. Getreidemarkt. [Cochrane Baterson und Co.] Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 850, Gerste 1675, Bohnen 12, Hafer 232 Tons, Mehl 2340 Sac. — Weizen 1s theurer, Mehl unverändert. — Wetter: Schön.

Paris, 21. Febr. (Schlußbericht.) 3% Rente 72,80, Anleihe de 1872 106,02 1/2%, Italienische 5% Rente 71,50, Ital. Tabaks-Aktionen —, Italienische Tabaks-Obligationen —, Frankosen 490,00, Lombardische Eisenbahn-Aktionen 163,75, Lombardische Prioritäten 231,00, Türkische 1865 11,92 1/2%, Türkische 1869 64,00, Türkische 35,25, Crédit mobilier 156, Spanier exter. 11 1/2%, do. inter. 10 1/4, Suezcanal-Aktionen 663, Banque ottomane 372, Société pénale 512, Crédit foncier 587, neue Cappier 179, — Wechsel auf London 25,14. — Ruwig, geschäftsflos.

Paris, 21. Febr. Productenmarkt. Weizen rubig, zu Februar 27,75, zu März-April 28,50, zu Mai-Juni 29,50, zu Mai-August 30,00. Mehl behpt, zu Februar 60,50, zu März-April 61,50, zu Mai-Juni 63,50, zu Mai-August 64,50. Rübbel rubig, zu Februar 94,00, zu April 94,25, zu Mai-August 93,50, zu September-Dezember 91,00. Spiritus rubig, zu Februar 62,00, zu Mai-August 63,75. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Antwerpen, 21. Febr. Getreidemarkt. geschäftsflos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirte, Type weiß, loco 38 bez. und Br. zu Februar 38 bez. und Br., zu März 36 bez., 36 1/2 Br., zu April 36 Br., zu September 40 Br. — Weichend. Newyork, 20. Februar. (Schlußbericht.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C., Golbagio 5%, 5% Bonds zu 1885 108%, do. 5% fundierte 110, 5% Bonds zu 1887 112 1/2%, Griebahn 7 1/4, Central-Pacific 106 1/2%, Newyork Central 98 1/4, Höchste Notierung des Goldgiros 5%, niedrigste 5 1/2%. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12%, do. in New-Orleans 11 1/2%. Petroleum in Newyork 25, do. in Philadelphia 25. Mehl 6 D. 10 C.. Rother Frühjahrsweizen 1D.

Permisches.

* Folgende Perle deutschen Stils hat der "Börsen-Contr." aus den Tiefen der Spalten einer Berliner Zeitung aufgefischt: "Freiherr Gustav v. Heine-Geldern, Herausgeber des "Wiener Fremdenblatt", Bruder des Dichters Heinrich Heine, ist seit einigen Tagen in

51 C., Mais (old mixed) 60 C. Zuder (fair refining
Muscovados) 9 $\frac{1}{2}$. Kaffee (Riv.) 19 $\frac{3}{4}$, Schmalz
(Markt Wilcosp) 10 $\frac{1}{4}$ C., Spek (short clear) 8 $\frac{1}{2}$ C.
Getreidebrach 5.

Productenmärkte.

Königsberg, 21. Februar. (v. Portatius & Grothe.)
 Weizen Zr 1000 Kilo hochunter 1307 215,25 M.
 Rye 1207 211,75 " has rather 1207 207

bez., bunter 130g 211,75 M. bez., rother 130g 207, Stettin, 21. Februar. Weizen ~~per~~ April ~~per~~ Mai ~~per~~
130g 207,50 m. 207,50 m. 207,50 m. 207,50 m. 207,50 m. 207,50 m.

bez., bunter 150 M. 21,75 M. bez., bunter 150 M. 20,75
russ. 114/50 M. 164,75, 122/8 193, 194, 127/8 197,75 M.
bez. — Roggen \varnothing 1000 Kilo inländischer 116/72
142,50, 123/8 157,50 M. bez., fremder 118/8 145, 120/8
146,25, 121/8 148,75 M. bez., Februar 150 M. Br.,
147,50 M. Gd., Frühjahr 152 M. Br., 150 M. Gd.,
Mai-Juni 152 M. Br., 150 M. Gd. — Gerste \varnothing
1000 Kilo große 114,25, 134,25 M. bez., kleine 108,50,
114,25 M. bez. — Hafer \varnothing 1000 Kilo loco 124,
128, 130, russ. 112, schwarz 120, 122 M. bez. —
 \varnothing 1000 Kilo 117,75, 128,75 M. bez.

Erbsen \varnothing 1000 Kilo weiße 117,75, 128,75 M. bez., graue 117,75 M. bez. — Bohnen \varnothing 1000 Kilo 100, 106,50 M. bez. — Widen \varnothing 1000 Kilo 111, 120, 124,50, 128,50, 133,25, 137,75, 146,75, 150 M. bez. — Buchweizen \varnothing 1000 Kilo 107 M. bez. — Leinsaat \varnothing 1000 Kilo ordinäre 148,50 M. bez. — bez. 16 M. Gd.

Digitized by srujanika@gmail.com

Die heutige Börse trug eine wesentlich bessere Tendenz als gestern. Die internationalen Speculationspapiere gingen ziemlich lebhaft um und trugen auch kleinere Coursavancen davon. Sehr ruhig blieben die österreichischen Nebenbahnen, die auch in ihren Notierungen nur ganz belanglose Veränderungen aufzuweisen

haben. Nur für Dux-Bodenbacher erhält sich die matte Tendenz. Die localen Speculationseffekte waren nicht unbelebt und trugen sämtlich einen recht festen Charakter. Unter den ausländischen Staatsanleihen zeichneten sich österreichische Renten und Italiener durch steigende Coursbewegung aus, wenn auch der Verkehr

nicht gerade eine besondere Zunahme constatiren lässt. Türken blieben fast ganz vernachlässigt. Russische Wertpapiere zogen dagegen in den Coursen etwas an. Preußische und andere Deutsche Staatspapiere ruhig, im Allgemeinen aber fest. Auch das Geschäft in Eisenbahnprioritäten wendete sich in ruhiger Weise ab.

Auf dem Eisenbahnmachnamerke blieb der Verkehr sehr gering. Die rheinisch-westfälischen Speculationsbevilen stellten sich etwas höher. Banknoten zeigten sich ziemlich fest. Industriepapiere blieben meist unbeliebt. Montanwerthe in schwacher Haltung.

+ Binsen vom Staate garantirt.

Berliner Fondsbörse vom 21. Februar 1877.

Deutsche Fonds.		Hypothesen-Pfandbr.				Div. 1876		Div. 1875		Div. 1875		Div. 1875		
Konsolidirte Anl.	104,10	Unt. Pf. Pr.-L. Bt.	5 101	do. Stieg. A. Anl.	5	85,80	Berlin-Hamburg	168,75	10	Thüringer	124	8½	do. do. Elbenthal	5 58,60
Pr. Staats-Anl.	25,50	Bod. Crd. Hyp.-Pfd.	5 103	do. Präm.-A. 1864	5	149	Berl. II. Nordbahn	—	0	E. St.-Insterburg	17,25	0	Gew. Br. Schuster	4,25 0
Staats-Schuldch.	92,30	Cent. Bd. Cr.-Pfd.	5 106	do. do. von 1866	5	149	Berl.-Pfd.-Magd.	78,40	3	do. St.-Pr.	—	3	Int. Handelsgej.	40 C
Pr. Präm.-A. 1855	144	do. do.	4½ 99	Russ. Bod. Crd. Pfd.	5	80,30	Berlin-Stettin	117,50	9	Weimar-Gera gar.	50	4½	Königsl. Ber. B.	81,75 5¼
Randsch. G.-Föder.	95,60	Randsch. do.	4½ 100,30	Russ. Central do.	5	78,60	Bresl. Schw.-Bdg.	70,80	5½	do. St.-Pr.	—	2½	Meining. Creditit.	71,75 3
Preuß. Föder.	84	Danz. Hyp.-Föder.	5 —	Russ. Pol. Schatzobl.	4	79,20	Böln-Winden	98,50	4½	Charl.-Azow ril.	5 86	86	Norddeutsche Bank	128,75 8
do. do.	95,50	Pol. Pfd. S.-R.	5 71,70	do. Liquidat.-Br.	4	63,60	Brest.-Grajewo	17,60	—	Furst.-Charl.ow	5 90	90	Deft. Credit.-Anst.	248,50 5
do. do.	101,80	Goth. Präm.-Pfd.	5 109,50	do. Liquidat.-Br.	4	63,60	Brest.-Kiew	—	0	Pr. Boden-Cred.	97,90	8	Pr. Gent. Bd.-Cr.	97,90 8
Pomm. Pfandbr.	83,25	Pomm. Hyp.-Pfd.	5 101,75	Amerit. Anl. v. 1885	6 100	14,25	Gall.-Soran.-Gub.	35	0	Galizier	86,90	6	Pr. Gent. Bd.-Cr.	117 9¾
II. u. IV. Crd.-Anl.	10	II. u. IV. Crd.-Anl.	5 101,75	do. 5½ Anl.	5 103,10	do. St.-Pr.	105,25	0	Gothardbahn	47,50	6	Moaco.-Mjahan	5 87,75	
do. do.	94,90	III. G. rtg. 100	5 100,75	Hannover-Altenber	6 14,10	do. St.-Pr.	106,40	0	† Kronpr. Rud.-B.	43,60	5	Moaco.-Smolensk	5 80	
do. do.	131,80	Stett. Rat. Hyp.	5 101,25	do. St.-Pr.	6 104,50	do. St.-Pr.	104,50	0	Ribinst. Tologoye	5 93,10	93,10	Pomm. Ritterh.-B.	127 9¾	
Bosnische neue do.	94,40	Newyork-Stadt-A.	7 106,40	Märkisch.-Bojer	6 19,60	do. St.-Pr.	104,50	0	Rjahan.-Kozlow	5 87	87	Schaffaus. Bankv.	61,50 5½	
Westpreuß. Pfandbr.	82,80	do. Gold-A.	6 71	do. St.-Pr.	6 72,20	do. Lit. B.	104,50	0	Warshaw-Teresy.	—	—	Schles. Bankverein	— 6	
Westpreuß. Pfandbr.	82,80	Osterr. Goldrente	4 60,75	Italienische Rente	5 494	do. Tabaks-Act.	103,50	6	Reichenb.-Pardb.	44,50	4½	Stett. Vereinsbank	90,50 0	
do. do.	94,20	Osterr. Pap.-Rente	4 51,80	do. Tabaks-Öbl.	6 102,80	do. Stp.	69,70	8½	Rumänier	13,10	2½	Per. St. Quistorp	1,50 0	
do. do.	101	do. Silber-Rente	4 55,90	do. Tabaks-Öbl.	5 —	do. C.	95	5	do. St. .	54,50	8	Berliner Bank	88,50 0	
do. II. Ser.	41,01	do. Loose 1854	4 98,25	Spanische Rente	4 68	Mainz-Ludwigsh.	94,60	6	Russ. Staatsb.	106	5,92	Actien d. Colonia	6350 55	
do. do.	106,75	do. Crd.-A.v. 1856	— 298	Raab.-Graz.-A.	8 84,30	Münf.-Ensch.-St. p.	10	0	Südböhr. Lomb.	129	0	Bauverein-Passage	21 1	
do. neue	—	do. Loose v. 1860	5 98,50	Rumänische Anleihe	8 12,10	Riedersch.-Märk.	96,50	4	Schw.:i. Unionb.	8,25	0	Berl. Cassen-Ber.	154,80 10%	
do. do.	—	do. Loose v. 1864	— 259	Türk. Anl. v. 1865	5 25,60	Nordhausen-Erfurt	25,60	4	do. Westb.	20,75	0	Berl. Com. (See.)	58,25 2½	
do. do.	100,80	do. do.	—	Türk. C. o/o Anleihe	6 —	St.-Pr.	35,50	0	Warshaw-Wien	180	7½	Berl. Handels-G.	58,50 5	
Pomm. Rentende.	95,20	do. Eisenb.-An.	5 136,50	Obersch. A. u. C.	125,50	Obersch. A. u. C.	118,25	10½	—	—	0	Deutsche Baugei.	54,75 0	
Ungar. Eisenb.-An.	5	Ungarische Loose	6 79,25	do. St. B.	123,10	do. St.-Pr.	102,50	6½	Weltb.	—	0	do. Eisb.-B.-G.	9,10 0	
Polenische do.	95,20	do. Schanau. II.	5 80,75	Ostpreuß. Säbahn	73,75	do. St.-Pr.	73,75	5	Gotthard-Bahn	5 53,50	—	do. Reichs. Cont.	66,75 0	
Preußische do.	95,20	Eisenb.-Stamm- n. Stamm-	do. do. Anl. 1822	Rechte Oderererb.	102,50	do. St.-Pr.	102,50	6½	—	116	7	U. B. Omnibusg.	80 7	
Bad. Präm.-Anl.	von 1867	do. do. Anl. 1859	3 —	do. St.-Pr.	108,60	do. St.-Pr.	108,60	6½	—	Rörd. Pap.-Fabr.	—	Centelb. f. Bauten	12,75 0	
Bayern. Präm.-A.	122	do. do. Anl. 1862	5 82,20	do. St.-Pr.	102,25	do. St.-Pr.	102,25	8	—	116	7	U. B. Omnibusg.	11,90 0	
Bayern. Präm.-A.	123,75	do. do. von 1870	5 —	Nachen-Maastricht	21,70	do. St.-Pr.	107,30	8	Rechte Oderererb.	5 55	55	Centelb. f. Bauten	11,90 0	
Bayern. Pr.-A.	84,40	do. do. von 1871	5 82,40	Bergisch.-Märk.	77,90	do. St.-Pr.	107,30	8	do. St.-Pr.	5 62,90	62,90	do. St. f. Baumt.	11,90 0	
Köln.-Md.-Pr.-G.	109,50	do. do. von 1872	5 82,40	Berlin-Inhalt	102,25	do. St.-Pr.	107,30	8	do. St.-Pr.	3 319,90	319,90	do. St. f. Baumt.	11,90 0	
Hmbg. 50cr. Doos.	175,25	do. do. von 1873	5 —	Rheinische	11,75	do. St.-Pr.	11,75	0	do. St.-Pr.	3 232,75	232,75	Veltlin.-B. V. B.	11,90 0	
Kölneder Br.-Anl.	175,90	do. Com.-Öbl. 1875	4½ —	Berlin-Dresden	20,75	do. St.-Pr.	20,90	0	do. St.-Pr.	3 77,50	77,50	Veltlin.-B. V. B.	105,30 6½	
Oldenburg. Doos.	138	do. St.-Pr.	5 73,50	Berlin-Sörlig	1½	do. St.-Pr.	50,25	5	do. St.-Pr.	5 157,75	157,75	Deutsche Reichs-B.	157,75 0	
				Rhein-Nab.	—	do. St.-Pr.	50,25	5	do. St.-Pr.	5 89,40	89,40	Wümmisch. Th. M.	— 0	
				Saarland-Bosen	4½	do. St.-Pr.	50,25	5	do. St.-Pr.	5 25,75	25,75	Oestrel. Els. B.	25,75 0	

Berantwortlicher Redakteur H. Rödner,
Druck und Verlag von A. W. Kastemann in Danzig.